

fellows

Ausgabe 1 / 2025

Journal für die Daniel-Haufler-Stipendien

NEUGIER AM START
Eine Reise in die US-Mediengesellschaft

JETZT BEWERBEN!
Die neuen Stipendien sind ausgeschrieben

ARBEITEN UNTER DRUCK
Was die Fellows von 2024 veröffentlicht haben

Berichte aus der Besenkammer: Johanna Hintermeier, feste Freie beim Bayerischen Rundfunk und Stipendiatin 2024, spricht in ihrem New Yorker Hotelzimmer einen Text ein. Foto: Felix Biermayer



Freundeskreis
Daniel Haufler



panterstiftung

IMPRESSUM

fellows ist das Magazin
der Daniel-Haufler-Stipendien.

Es wird gemeinsam vom
Freundeskreis Daniel Haufler
und der taz Panter Stiftung
herausgegeben.

Redaktion: Dietmar Bartz

Gestaltung: Ellen Stockmar

Korrektur: Rosemarie Nünning

Wir gendern gemischt.

Mit Beiträgen von

Volkan Ağar

Dietmar Bartz

Julia Belzig

Felix Biermayer

Theresa Crysmann

Barbara Dribbusch

Moritz Fehrle

Matthias Fink

Manuela Heim

Margit Hildebrandt

Johanna Hintermeier

Dirk Knippfals

Charlotte Lüder

Harry Nutt

Stefan Reinecke

Noëlia Sanchez Barón

Waltraud Schwab

Eberhard Seidel

Hilal Sezgin

V. i. S. d. P.: Dietmar Bartz

Erste Ausgabe 2025

Download

<https://taz.de/haufelfellows-eins>

Stipendien 2024

Projektmanagement Berlin: Robert M. Olechna

Programmleitung USA: Dietlind Lerner

Stipendien 2025

Projektmanagement Berlin: Hannah Heyn

Programmleitung USA: Dietlind Lerner

Informationen

Hannah Heyn, dah-Stipendium@taz.de

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die erste Runde der Daniel-Haufler-Stipendien liegt hinter uns. Die Resonanz auf die Ausschreibung war überwältigend. Mehr als 200 JournalistInnen bewarben sich für eine „Reise in die Mediengesellschaft USA“. Viele der vorgeschlagenen Projekte waren so überzeugend, dass es der Jury nicht leicht fiel, die zehn StipendiatInnen auszuwählen.

Die dreiwöchige Reise der Haufler-Fellows fand im September/Oktober 2024 statt, mitten im US-Präsidentenwahlkampf. In der ersten Hälfte war es eine Gruppenfahrt mit gemeinsamen Besuchen bei Medien und journalistischen Institutionen in Washington und New York, die von Dietlind Lerner organisiert wurde. In der anderen Hälfte gab es Zeit zur freien individuellen Recherche - nicht nur über den Wahlkampf, sondern auch zu anderen Themen, die die einzelnen Fellows vorgeschlagen hatten.

So entstanden Print-Reportagen, Radiobeiträge, Podcasts und Videos, von denen wir in diesem Heft einen Querschnitt veröffentlichen. Einige Arbeiten waren bei Redaktionsschluss dieses Heftes noch nicht veröffentlicht. Es schließen sich persönliche Eindrücke der Fellows aus ihrer Stipendienzeit in den USA an - und zum Schluss einige Texte, die an Daniel Haufler erinnern.

Aus Mitteln seiner Familie wird das Stipendium finanziert. Daher noch einige Worte zu Daniel: Er war ein ungewöhnlicher Journalist - weil er sich nie in den Vordergrund drängte. Ihm war es nicht wichtig, eigene Texte zu schreiben, sondern er wollte, dass die Kommentare seiner KollegInnen und AutorInnen glänzten. Ihm ging es immer um das Argument. Daniel war bestens mit allen politischen Debatten vertraut, aber er wollte sie nicht dominieren, sondern fair abbilden. Die LeserInnen sollten verstehen, worum gestrit-

ten wurde - daher hat Daniel sehr hartnäckig für die Lesbarkeit der Texte gekämpft. Daniel war ein begeisterter und begeisternder Redakteur von Meinungsseiten. Erst bei der taz, dann bei der Berliner Zeitung, der Frankfurter Rundschau und schließlich beim DGB-Debattenmagazin Gegenblende.

Ein Thema war ihm zeitlebens besonders wichtig: die politische Entwicklung in den USA. 1999 war er als Media Fellow an der Duke University in North Carolina gewesen. Obwohl dieses Stipendium nur einen Monat dauerte, hat es ihn für immer geprägt. Für Daniel erfüllte sich daher ein Lebenstraum, als er im Oktober 2021 Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Washington wurde. Doch er konnte diese Stelle nicht lange ausfüllen. Schon im Februar 2023 starb er, im Alter von nur 61 Jahren, nach kurzer schwerer Krankheit.

Im Gedenken an ihn schreibt der Freundeskreis von Daniel Haufler gemeinsam mit der taz Panter Stiftung für den Herbst 2025 erneut zehn Stipendien „Reise in die Mediengesellschaft USA“ aus (Einzelheiten auf der letzten Seite). Wir sind überzeugt: Es hätte dem ehemaligen Media Fellow gefallen, dass JournalistInnen auch nach dem Amtsantritt von Donald Trump versuchen, die USA und ihre Menschen zu verstehen.

Freundeskreis Daniel Haufler

taz Panter Stiftung

EINE MORALISCHE VERLETZUNG

Deutschland und Europa setzen auf „Housing First“, um Obdachlosigkeit zu bekämpfen. In New York hat sich das Modell nicht durchgesetzt. Was können wir daraus lernen? **Von Manuela Heim**

Auf dem Gehsteig liegt ein Mann. Oder eine Frau? Ein Mensch jedenfalls. Körper und Gesicht in einem grauen Schlafsack verborgen. Dieser Mensch fällt auf. Selbst denen, die sich in New York gewöhnt haben an die vielen, die in Schlafsäcke oder Decken gehüllt auf den Wegen liegen. Denn er liegt quer zu den Fußgänger*innen, die halb an ihm vorbei und halb über ihn hasten. Es sind sehr viele Fußgänger*innen, das hier ist Lower Manhattan an einem Vormittag, nahe der Wall Street. Sie alle müssen irgendwohin, irgendwo sein. Und dieser Mensch liegt ihnen im Weg.

Es fällt mir schwer, einfach weiterzugehen. Hier in New York und auch in Berlin, wo ich seit einigen Jahren lebe. Wie fühlt es sich an, zu den Füßen der anderen zu liegen? Wie hält ein Mensch das aus, ohne vor Angst zu vergehen? „Nur mit Drogen“, sagt ein Bekannter, der selbst obdachlos war. „Mit viel Alkohol und anderem, was dich betäubt.“

Obdachlosigkeit gehört zum Bild von New York City. Am einen Ende Karrieren, Bankkonten, Lebensstile und Häuser, die am Himmel kratzen. Und am anderen Ende Menschen, die als solche kaum mehr erkannt am Boden leben, von dem, was ihnen als Almosen zugewilligt wird. Vielleicht sind sich die Extreme nirgends so nah wie in Manhattan. Als ob sich das obere und das untere Ende des American Dream hier berühren.

An diesem Ort wurde Anfang der Neunziger ein Konzept geboren, das die Obdachlosenhilfe auf den Kopf - oder besser gesagt zurück auf die Füße - stellt. „Housing First“: Zuerst ein Zuhause. Ein revolutionäres Konzept, das die Bedürfnisse und Möglichkeiten obdachloser, psychisch erkrankter und drogensüchtiger Menschen in den Fokus rückt.

Doch ausgerechnet in New York, wo Housing First herkommt, gibt es das Projekt jetzt nicht mehr. In Lower Manhattan und anderswo lässt es sich kaum einen Block gehen, ohne einem Menschen zu begegnen, der ganz offensichtlich kein Zuhause hat. Nahe dem Empire State Building liegen sie in den frühen Morgenstunden zu Dutzenden auf den Gehwegen. „Unsheltered“ nennen das die Amerikaner*innen. Oder „rough sleeping“ - „raues Schlafen“.

Obdachlosigkeit ist die chronische Krankheit dieser und fast aller Metropolen. Als Redakteurin für Soziales habe

ich schon einiges darüber geschrieben, vor allem über die Zustände in Berlin. Auch weil es mir schwerfällt, vorbeizugehen.

In Berlin, in Deutschland, in halb Europa gilt Housing First inzwischen als zentral, um Obdachlosigkeit zu überwinden. Dies bis 2030 in aller Ernsthaftigkeit zu versuchen, haben die Länder der Europäischen Union einander 2021 in der Lissabonner Erklärung versprochen. Vielleicht, so dachte ich, lässt sich am Ort des Beginns und des Scheiterns und mit den Leuten, mit denen alles anfang, ergründen, wie Housing First wirklich gelingen kann und ob es der Schlüssel zur Genesung ist.

Sam Tsemberis ist der Erste, mit dem ich spreche. Vor einigen Monaten hat das Time Magazine den griechisch-kanadischen Psychologen zu einem der 100 einflussreichsten Menschen der Welt gekürt. Sam Tsemberis ist der Erfinder von Housing First.

„Es geht nicht nur um die Obdachlosen, es geht um uns.“ Das ist einer der ersten Sätze, die Tsemberis zu mir sagt. In den Achtzigern arbeitete er in der Psychiatrie des New Yorker Bellevue Hospitals, eines der größten Krankenhäuser der USA, mit Menschen, die als schwer krank gelten. Er wohnte nur ein paar Blöcke von der Klinik in Midtown Manhattan entfernt; auf dem Weg traf er seine Patient*innen in zunehmender Verwahrlosung auf der Straße wieder. „Sie trugen zum Teil noch ihren blauen Krankenhauspyjama, absolut verstörend“, sagt Tsemberis. Er verließ das Krankenhaus, um mit obdachlosen Menschen zu arbeiten. In einem Van besuchten er und zwei Kollegen die Menschen auf der Straße.

Viel anzubieten hatten sie nicht: die Psychiatrie oder eine der Massenunterkünfte für Obdachlose, mit Hunderten von Betten. Kaum auszuhalten für einen stabilen Menschen, unvorstellbar für jene mit Ängsten, Panikattacken, Wahnvorstellungen. Ich muss an Berlin denken, als Tsemberis das erzählt. Auch hier harren viele obdachlose Menschen noch in der bittersten Kälte aus: Bloß nicht in die Notunterkunft!

Die bisherigen Ansätze seien einfach nicht gut gewesen, sagt Tsemberis. Herumzulaufen, mit den Leuten zu re-

Am Times Square, frühe Morgenstunde:
obdachlos und im Straßenverkehr
unterwegs. Foto: Margit Hildebrandt



den und zu entscheiden, welche Hilfen gut für sie sind. In einem Hilfesystem, in dem Obdachlose sich erst beweisen mussten: Therapie machen, Medikamente regelmäßig nehmen, „clean werden“, dann vielleicht irgendwann eine Wohnung. „Wir mussten anders arbeiten, also haben wir die Leute einfach gefragt, was sie brauchen.“

Das klingt so unerhört simpel. Ist es nicht das, was Sozialarbeiter*innen immer tun? Und ist es nicht so, dass manche Menschen, gerade die psychisch erkrankten, diese Frage nicht mehr beantworten können? Tsemberis sagt: „Wenn man obdachlose Menschen ernsthaft fragt, was sie brauchen, dann kommt eine Antwort fast immer zuerst“ – egal, ob diese Menschen Stimmen hören, suchtkrank sind oder völlig verwahrlost aussehen: „Eine Wohnung“. Housing First. So simpel ist das. Dieses Bedürfnis erfüllte nur niemand.

In einem Tagestreff in Midtown Manhattan, in dem obdachlose Menschen sich aufwärmen, etwas essen, ihre Wäsche waschen konnten, begann 1992 die Arbeit der Organisation Pathways to Housing, die Geburtsstunde von Housing First. Die Menschen brauchten Wohnungen, und Sam Tsemberis und sein Team waren gewillt, sie ihnen zu beschaffen. So wie zuvor eine Decke oder eine warme Mahlzeit.

Nun glaube bitte keine*r, man drücke einem drogenabhängigen Menschen, der seit Jahren auf der Straße lebt, einfach einen Schlüssel in die Hand. Diese Mieter*innen sind zum Teil schwierig, unbeliebt bei Vermieter*innen. Dass überhaupt so viele von ihnen auf der Straße gelandet sind, liegt daran, dass im aufstrebenden New York der Siebziger und Achtziger die lausigen, heruntergekommenen Appartements verschwanden, die für wenig Geld jede*n aufnahmen. Die Vermieter*innen fanden schlicht lukrativere Wege der Vermarktung – und das würde sich in den kommenden Jahrzehnten nie mehr ändern, nur verschärfen. Parallel hatte die Reagan-Regierung in den Achtzigern dem Bau von Sozialwohnungen eine radikale Absage erteilt und Bundesmittel gestrichen. Und die Psychiatrien, die noch in den Sechzigerjahren Menschen mit psychischen Erkrankungen dauerverwahrten, reformierten sich dank der Antipsychiatriebewegung. Ohne Lebensort übrig blieben allerdings die, die kein soziales Netz aus Familie und Freund*innen auffing.

„Weil ich einer der Dinosaurier bin“, sagt der Anthropologe Kim Hopper. Bereits Ende der Siebziger, noch als Student, war er in das legendäre Gerichtsverfahren verwickelt, das 1981 zu New Yorks „right to shelter“ – dem Recht obdachloser Menschen auf Unterbringung – führte. Dieses Recht wurde zwar kürzlich für erwachsene Migrant*innen beschränkt, aber es bleibt bis heute bemerkenswert in einem Land, in dem anderswo ganze Zeltstädte voller obdachloser Menschen existieren.

„Aber schon zehn Jahre später waren wir frustriert“, sagt Hopper. Zwar gab es in der ganzen Stadt Notunterkünfte,

aber ein „shelter“ ist kein Zuhause. Es blieb ein Verharren in Notlösungen, die aus Obdachlosigkeit nur Wohnungslosigkeit machten. Und mit der eben die Menschen, für die Notunterkünfte nicht infrage kamen, auf den Straßen verwahrlosten. Als junger Mann, frisch in New York, erzählt Hopper, sei er erst entsetzt gewesen über die Zustände und dann auch abgestumpft. Vielleicht ist Obdachlosigkeit doch ein unvermeidbares Großstadtphänomen? Als Wissenschaftler, der mit obdachlosen Menschen und psychisch Erkrankten arbeitet, habe er dann begriffen, dass der Fehler nicht bei diesen Menschen liegt, sondern in deren Behandlung.

Bis heute denken viele anders, und vielleicht ist das der wahre Grund, warum wir Obdachlosigkeit überhaupt hinnehmen können. In den Vereinigten Staaten ist es eben das bittere Ende des American Dream. Diese Menschen hätten es einfach nicht geschafft, sich nicht genug angestrengt, seien faul oder schwach. Auch in Berlin habe ich ähnliche Argumente gehört, die uns die Verantwortung vom Leib halten.

Als hätten alle die gleichen Möglichkeiten, es „zu schaffen“. Menschen, die in Heimen aufwuchsen, Missbrauch erfahren haben, als junge Erwachsene trotz aller Traumatisierung sich selbst überlassen sind.

Nicht alle werden psychisch krank. Und nicht alle landen auf der Straße. Aber es sind fast immer die mit den wenigsten Chancen von Kindheit an. Die, für die die Gesellschaft schon in frühen Jahren nicht die passende Hilfe gefunden hat. Die aus unaushaltbaren Zuständen fliehen, um irgendwie zu

überleben. Obdachlosigkeit ist wie eine Störungsmeldung, sagt Hopper. Eine verlässliche Anzeige für soziale Probleme in einer Gesellschaft.

„Jedes Mal, wenn wir an einem Menschen, der ganz offensichtlich Hilfe braucht, vorbeigehen, ohne zu helfen, passiert etwas in unserem Körper“, sagt Hopper. Eine schmerzvolle, unbewusste Botschaft, selbst wenn wir Obdachlosigkeit ablehnen. Eine „moralische Verletzung“, nennt es Hopper. Als in den Siebzigern und Achtzigern in New York Obdachlosigkeit immer sichtbarer wurde, hätten die Menschen noch aufgestöhnt – unmöglich könne eine zivilisierte Gesellschaft auf diese Weise leben! „Und 40 Jahre später leben wir noch immer damit“, sagt Hopper. Wie das sein kann und welchen Preis wir dafür zahlen, diskutiert der Anthropologe in einem seiner nächsten Seminare.

Housing First in New York verfolgte erfolgreich eine andere, eine menschliche Perspektive. Es hatte seine Blütezeit zwischen Mitte der Neunziger und dem Beginn des 21. Jahrhunderts. Dann begannen die Probleme. Er habe die Organisation in die Hände der falschen Leute gelegt, sagt Tsemberis. Die bezahlten die Mieten nicht rechtzeitig, die Vermieter*innen kündigten die Verträge auf, die staatlichen Zuschüsse blieben aus. 2015 meldete Pathways to Housing New York Insolvenz an. Der Organisation sei es nicht gelungen, das New Yorker System zu ändern, sagt Tsemberis. Heu-

**Hier haben
Obdachlose ein
Recht auf
Unterbringung.
Aber Shelter sind
kein Zuhause.**

te gibt es zwar noch Projekte, die mit Housing First werben, aber das ganze System der Obdachlosenhilfe müsse sich an die Idee von Housing First anpassen, um nachhaltig zu sein, sagt auch Ana Stefančić. „Das ist in New York nie passiert.“ Stefančić hat dieses Projekt als Wissenschaftlerin der Columbia University langjährig begleitet.

Kim Hopper sagt, das Modell könne nur mit vier Erfolgsfaktoren überleben: einer verlässlichen sozialpsychologischen Betreuung für die Klient*innen, zuverlässigen Mietzahlungen, Rückendeckung für die Mieter*innen bei den Vermieter*innen. Und vor allem: ausreichend kleinen und bezahlbaren Wohnungen. Das, sagt Hopper, sei der wesentliche Punkt, an dem New York und andere US-amerikanische Städte inzwischen scheiterten. „Angesichts des allgemeinen Zustands des Wohnungswesens in den USA könnte die große Zeit für Housing First hier vorbei sein.“ Selbst wenn noch ein paar Wohnungen für die Ärmsten der Armen aus dem System gewrungen werden: Ohne tiefgreifende Veränderungen im Wohnungswesen, sagt Hopper, würden immer wieder Obdachlose nachkommen.

Immerhin hatte das Konzept Housing First schon früh Ableger, den ersten in der Hauptstadt Washington, wo Pathways to Housing bis heute existiert und seit 2004 rund 900 Menschen auf ihrem Weg aus der Obdachlosigkeit unterstützt. Im Laden einer Fastfoodkette treffe ich hier auf den 46-jährigen Jamal. In der blauen Pathways-Jacke sitzt er an einem der hinteren Tische und wartet. Mit rund 20 Obdachlosen kommt er so jede Woche ins Gespräch. Sie wissen, dass er hier sein wird.

„Housing First“ sei nicht „Housing Only“, sagt Tsemberis. Die Menschen, die mit Pathways to Housing eine Wohnung fanden, wurden auf unbestimmte Zeit begleitet. Das Geld für die Miete und für die sozialpsychologische Betreuung kam von der Stadt. Tsemberis macht eine einfache Rechnung auf, die auch in Europa gern bemüht wird: Ein Platz in einer Psychiatrie kostet rund 300.000 US-Dollar im Jahr und bringt meist keine nachhaltige Veränderung. „Für das gleiche Geld können zehn Menschen mit Unterstützung in ihrer eigenen Wohnung leben“, sagt Tsemberis. Das ließ sich von der kommunalen bis zur nationalen Ebene sowohl demokratischen als auch republikanischen Politiker*innen verkaufen.

New York, diese Stadt mit Tausenden obdachlosen Menschen - wie viele davon kann Housing First in Wohnungen bringen? Es sei nie um Zahlen gegangen, sagt Tsemberis. Jedenfalls nicht für ihn. „Ich wollte wissen, ob und wie der Ansatz funktioniert.“

Es sei fast ironisch, sagt Stefančić. Eine Art Missverständnis. Wenn es heute um Housing First gehe, dann vor allem um die Wohnungen und um die Beendigung von Obdachlosigkeit. Dabei sei das doch der einfachste Teil. „Wenn wir Obdachlosigkeit beenden wollten, dann könnten wir das

einfach tun“, sagt Stefančić. Eine Frage von politischen Entscheidungen, eine reine Abwägung in wohlhabenden Gesellschaften. Ich muss an Finnland denken. Bis 2027 sollen dort alle Langzeitwohnungslosen mit Wohnungen versorgt sein, die Finnen sind schon jetzt sehr nah dran. Auch sie nennen das Housing First und sind damit so erfolgreich, dass manche denken, da käme das Konzept her.

Die Finnen haben über alle politischen Lager hinweg entschieden, keine Wohnungslosigkeit mehr hinzunehmen. Sie schließen die Wohnungslosenunterkünfte und bieten den Menschen stattdessen Appartements an. Absolut bemerkenswert ist das. Anders als im New Yorker Modell ist aber der Ausgangspunkt die Versorgung Wohnungsloser mit Wohnungen, nicht die sozialpsychologische Begleitung obdachloser Menschen. Gerade mit der Gruppe der psychisch schwer Erkrankten haben sie in Finnland ihre Probleme.

In New York und in ihrer Forschung, erzählt Stefančić, sei es immer darum gegangen, ob und wie Housing First für diese Menschen die Chancen auf ein erfüllteres Leben erhöhen kann. Die fehlende Wohnung ist das Offensichtlichste, was dem im Wege steht, aber bei Weitem nicht das einzige. 242 Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und Drogenkonsum hatten in den ersten fünf Jahren über Pathways to Housing eine Wohnung in New York gefunden. Über 80 Prozent lebten auch noch ein Jahr später darin. Das Projekt war deutlich erfolgreicher als vergleichbare Initiativen. Es war der Beweis, der inzwischen

**Ausreichend kleine
und bezahlbare
Wohnungen - daran
scheitern
New York und
andere US-Städte.**

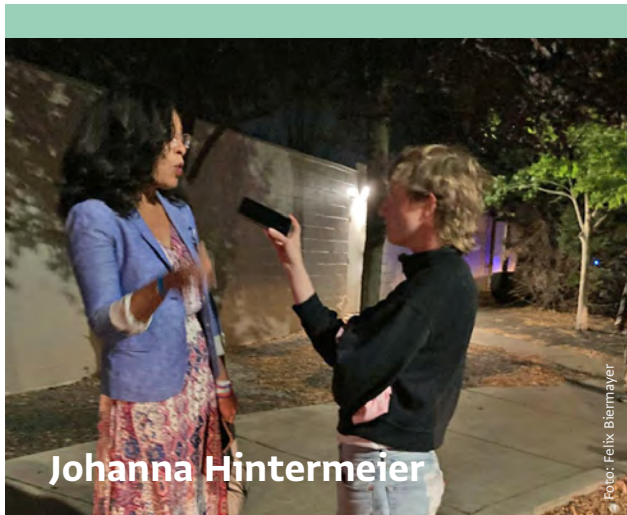
noch viele Male erbracht wurde: dass die Menschen, denen man es am wenigsten zutraut, an denen wir auf der Straße vorbeigehen und allzu selten in deren Gesichter schauen, die meist schon als Kinder nicht viel anderes als Vernachlässigung erlebt haben, dass es für diese Menschen mit der richtigen Unterstützung Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben gibt.

Warum das so wichtig ist, für uns genauso wie für diese Menschen, ergründe ich mit Kim Hopper. Er forscht und lehrt an der Columbia University zu dem, was den Menschen zum Menschen macht. Mit ihm, so hörte ich immer wieder bei meiner Recherche, müsse ich unbedingt sprechen, wenn es um Obdachlosigkeit in New York geht.

Jamal lebte vor zwölf Jahren noch selbst auf der Straße. „Drogen und all das Zeugs“, sagt er. Jamal hat einen langen Weg hinter sich, nichts davon war einfach. Aber er hat Unterstützung gehabt. Seit drei Jahren arbeitet er für Pathways. Auch das halte ihn aufrecht, sagt er. Immer wieder besucht Jamal Menschen in ihrem Zuhause nach Jahren der Obdachlosigkeit. „Schau, das ist mein Bett, das ist meine Dusche“, sagen sie dann.

Nach Städten in den USA wurde das Konzept nach Kanada und Europa exportiert. Gründer Tsemberis reist seitdem für Gespräche und Vorträge durch die ganze Welt, inzwischen bis nach Brasilien. Das Scheitern in New York sei

bis heute traumatisch für ihn. Dass die Idee, die hier geboren wurde, inzwischen Kinder in der ganzen Welt habe, in Dutzenden Städten Hoffnung schüre, tröste dagegen. Für obdachlose Menschen in den USA aber sieht auch Tsemberis keine guten Zeiten: „Unter Trump werden wir nur ‚Housing Last‘ bekommen.“ Einen Vorgeschmack lieferte vor wenigen Monaten ein Urteil des Supreme Court: Die dank Donald Trumps erster Amtszeit als US-Präsident konservative Mehrheit der obersten Richter*innen entschied, dass obdachlose Menschen für das Campieren auf öffentlichen Plätzen bestraft werden dürfen.



Johanna Hintermeier

WIE DER KRIEG IN ISRAEL UND GAZA DIE COLUMBIA-UNIVERSITÄT IN NEW YORK SPALTET

Bayern 2, „Nah dran“, 6. November 2024

WARUM KAMALA HARRIS UM DIE STIMMEN JUNGER LINKER BANGEN MUSS

Bayern 2, „Zündfunk“, 5. November 2024

WARUM HAT DIE USA DONALD TRUMP WIEDERGEWÄHLT? Ein Kolleginnengespräch

Bayern 2, „Zündfunk“, 6. November



bit.ly/3PEWAlq

Aber sind die Zeiten für Großstädte in Deutschland und Europa bessere? Kann Housing First hier gelingen und was bedeutet das für das hehre Ziel, Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden?

Housing First ist ein Konzept für ein lebenswertes Leben, nicht nur für die Versorgung mit Wohnungen. Es ist in der Lage, Lebensperspektiven für die zu eröffnen, die keine mehr zu haben scheinen. Das zeigen die Erfahrungen aus New York. Housing First kann scheitern, wenn es nicht richtig ausgestattet wird, wenn Wohnen und sozialpsychologische Begleitung nicht von Beginn an zusammengedacht werden, wenn Mieten so teuer werden, dass sie von staatlichen Zuschüssen nicht mehr bezahlbar sind, und wenn die Grundidee, dass Empfänger*innen von Hilfen selbst am besten wissen, was sie brauchen, missachtet wird. Auch das zeigen die Erfahrungen aus New York.

Ich denke an Berlin mit den steigenden Mieten und der immer wieder verhandelten Frage, wie viel Mietenregulierung es geben darf, wie viel in den sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau investiert werden soll. Auch hier verzweifeln Sozialarbeiter*innen daran, dass sie einer wachsenden Zahl psychisch kranker Menschen auf der Straße kaum etwas anzubieten haben. Housing-First-Pionierprojekte haben zwar seit 2018 rund 230 obdachlosen Menschen ein Zuhause ermöglicht. Aber für die „schwierigsten“ Fälle, die es am meisten nötig haben, sind sie nicht ausgestattet.

Ich denke an Berlin, wo es so viele Projekte und Organisationen in der Obdachlosenhilfe gibt, dass kaum eine*r den Überblick behält. Ziehen die wirklich an einem Strang, eint die tatsächlich eine gemeinsame Idee? Und ich denke an Berlin in Zeiten knapper Kassen, die die Menschen noch mehr spalten, in die da oben und die ganz unten.

Eine Genesung für die chronische Krankheit Obdachlosigkeit, das wird für mich nach meiner Reise nach New York noch klarer, kann es nur mit einem sozialen Wohnungswesen geben. In der Zwischenzeit bewahren wir uns mit ernsthaft betriebenen Housing First ein Stück Menschlichkeit. Indem wir ein Angebot für die Menschen schaffen, die Unterstützung am dringendsten nötig haben. Für beides, ein konsequent soziales Wohnungswesen und ausreichend ausgestattetes Housing First, sind politische Entscheidungen nötig. Die wird es nur geben, wenn genügend Menschen danach verlangen. Immerhin liegen noch keine 40 Jahre der Gewöhnung an eigentlich Unaushaltbares hinter uns. Wie in New York.

Als ich in den frühen Morgenstunden aus den USA zurück nach Berlin komme, tragen die wenigen Leute auf der Straße dicke Mützen. Auf einer Bank nahe der Frankfurter Allee liegt ein Mensch, das Gesicht im Schlafsack verborgen. Sein Rollstuhl steht neben ihm.

Ein Mensch, der auf den Rollstuhl angewiesen ist, schläft auf der Straße. In der Nacht waren es fast null Grad.

Da ist er, der Schmerz, den Kim Hopper „moralische Verletzung“ nennt. „Wir brauchen mehr Menschen, die das spüren“, hat Hopper gesagt.

Erschienen in der taz vom 4. Januar 2025



Fotos dieses Beitrags: Theresa Crysmann

North Carolina State Fair: Tractor Pulling, beliebter Kraftsport der Motor-Nerds und Luftverschmutzer

Der „Swing State“ North Carolina ist bekannt für Tabak, Süßkartoffeln und die Spaltung zwischen Stadt und Land. Auf einem Volksfest kommen Harris-Unterstützer, Trump-Fans und Unentschlossene zusammen.

Von Theresa Crysmann

Sweet Annie kommt frisch gestriegelt auf die Bühne. Ihr Maul glänzt feucht, aus schwarzen Augen blickt sie auf die Konkurrenz. „Wenn sie nur besser muhen würde“, bemängelt ein Juror mit Cowboyhut. Bei der Rinderschau auf der North Carolina State Fair sind die Zuschauerränge schon um neun Uhr morgens gut besetzt. Jeden Herbst zieht das Crossover aus Kirmes und Landwirtschaftsausstellung am Rande der Hauptstadt Raleigh eine Million Besucher an.

Sie kommen aus dem gesamten Bundesstaat. Bauern und Dorfbewohner, Schulklassen, auch für viele Städter gehört ein Besuch des zehntägigen Volksfests zum festen Programm. Ende Oktober 2024, kurz vor der US-Präsidentenwahl, liegt neben dem Geruch von Stall und Zuckerwatte aber auch Anspannung in der Luft.

North Carolina ist der nördlichste Bundesstaat des Old South, die Kluft zwischen Stadt und Land ist hier genauso spürbar wie tiefer im Süden. Außerhalb des Mikrokosmos auf der State Fair treffen die traditionell republikanisch wählende Landbevölkerung und die Bewohner der blauen Inseln, mehrheitlich demokratisch wählende Städte wie Raleigh, Greensboro oder Charlotte, nahezu nie aufeinander.

„Ich werde auf jeden Fall Donald Trump wählen, der tut unserer Wirtschaft gut“, sagt Sharon. Die Farm ihrer Familie liegt vier Stunden entfernt an der Ostküste, ihr Enkel zeigt sein Lieblingsrind in der Zuchtschau. Bis vor Kurzem hätten sie auch Schweine gemästet, sagt die 68-Jährige, dann aber habe der Fleischverarbeiter den Vertrag gekündigt. Ein Anruf und Schluss. Jetzt machen sie weiter mit Mais, Bohnen



Dale und Tochter Dylan wollen keine „schreckliche Person“ wählen.

und Rindfleisch für Tiefkühlprodukte. Sharon hält Trump für einen erfolgreichen Geschäftsmann, der die finanzielle Schieflage richten kann, in der noch immer viele Haushalte festhängen. „Die Leute können sich ihren Einkauf im Supermarkt nicht mehr leisten, die Mieten gehen hoch, da muss sich etwas ändern.“

Dass die amerikanische Wirtschaft sich unter Präsident Joe Biden tatsächlich sehr gut entwickelt hat, spiegelt sich im Alltag vieler Wähler kaum wider, sie spüren vor allem die Inflation der vergangenen Jahre und deren Nachwehen.

Auch „die Sache mit der Grenze“ sei ihr wichtig, ergänzt Sharon, die lieber nicht fotografiert werden möchte. Die Kriminalität laufe „völlig aus dem Ruder“, das merke man auch in North Carolina, obwohl es in anderen Bundesstaaten schlimmer sei, gibt sie zu. Trump hat das Narrativ der von Migranten importierten Kriminalität zu einer Hauptwaffe seiner Kampagne gemacht. Belege für seine Behauptung gibt es keine, auch wenn ihm immer wieder Polizisten und Sheriffs beipflichten. Sharon wünscht sich einen Präsidenten, der sich verhält wie „ein strenger Lehrer“. Das sei das Charakterformat, das es für jedes politische Amt brauche.

Inflation, das Schlüsselthema

Auch für Dale und ihre Tochter Dylan sind die Lebenshaltungskosten ein entscheidendes Thema bei der Wahl. Sie wohnen 20 Minuten vom Messegelände entfernt am Rand von Raleigh. Dylan studiert an der nahe gelegenen Duke University. Sie lebt noch zu Hause.

Alles werde teurer, sagt Dale, gleichzeitig schrumpften die Verpackungen im Supermarkt, „das ist doch verrückt“. Dylan pflichtet ihr bei: „Es wäre schön, richtig in mein ei-

genes Leben starten zu können.“ Sie wird dieses Jahr zum ersten Mal wählen.

„Es gibt ein paar Punkte, in denen sind wir uns gar nicht einig, aber bei anderen sind wir definitiv gleicher Meinung“, sagt ihre Mutter. Etwa nicht für einen Kandidaten zu stimmen, der „eine schreckliche Person“ sei. Beide wollen wohl Kamala Harris ihre Stimme geben.

Landesweit das knappste Wahlergebnis 2020

Wer in North Carolina gewinnt, kann 16 Sitze im Wahlausschuss für sich verbuchen, über den letztlich die Präsidentschaft vergeben wird. Unter den insgesamt sieben Swing States, in denen das Rennen zwischen Kamala Harris und Donald Trump noch als unentschieden gilt, verfügt sonst nur Pennsylvania über mehr Wahlmänner und -frauen.

Seit gut einem halben Jahrhundert ist der Staat in republikanischer Hand. Einzige Ausnahme war 2008 die Wahl von Barack Obama. Seitdem ist ein Sieg republikanischer Kandidaten dennoch alles andere als garantiert. 2020 wurde es besonders eng: Trump entschied das Rennen in North Carolina mit einem Vorsprung von nur 74.000 Stimmen für sich - landesweit sein knappstes Ergebnis. Zuletzt lag er in den aggregierten Umfrageergebnissen des Wahlinformationsdienstes Five Thirty Eight hauchdünn vor Harris, mal 0,8 Punkte, mal 1,3, immer im Bereich der Fehlerquote, die Meinungsforscher einräumen.

Draußen vor der Messehalle scheint die Sonne, auch Ende Oktober sind es noch mehr als 20 Grad. Auf der Fressmeile der State Fair laufen die Fritteusen warm, Oreo-Kekse, Burger, Käsekuchen, saure Gurken, hier wird alles frittiert. Sarah und Brandon nehmen Pommes.

„Die Leute können sich ihren Einkauf im Supermarkt nicht mehr leisten. Da muss sich etwas ändern.“

Sharon, Landwirtin

Wählen trotz Politikverdrossenes

„Dass es zwischen den Kandidaten so unheimlich eng ist, macht mich nervös“, sagt Sarah. Sie und ihr Mann

kommen aus Raleigh, sie arbeitet für eine städtische Behörde. Ihre Priorität bei der Stimmabgabe am 5. November sind Frauenrechte. „Seitdem infolge von Trumps Präsidentschaft das Präzedenzsurteil zum Abtreibungsrecht aufgehoben wurde, bekommen selbst Frauen, die eine medizinische Abtreibung brauchen, in einigen Staaten keine Hilfe mehr. Als Frau lässt mich das verzweifeln“, sagt Sarah. Früher habe sie sich nicht für Politik interessiert, aber seit Trumps erster Präsidentschaft sei das alternativlos. Brandon nickt zustimmend.

Hinter langen Reihen prämierter Kürbisse, Blumensträuße, Zimtschnecken und Vogelscheuchen, vorbei an antiken Landmaschinen und einem großen Bottich gekochter Erdnüsse, trifft man auf Jim, Janey und Ariel. Zu dritt binden sie noch feuchte Tabakblätter an Holzstäben fest. Am Nachmittag wird Ariel, 12, als jüngste Teilnehmerin im Wettkampf der Tabakknüpfer antreten.

„Mich widert diese Wahl so an, ich kann das gar nicht in Worte fassen“, sagt ihre Urgroßmutter Janey. Sie habe die



Bei der Wahl geht es für Sarah und Brandon besonders um die Frauenrechte.



Für den Flaggenverkäufer Ed ist alles klar: „Das hier ist Trump-Land.“

Zankerei und das Wahlkampfgetöse satt, die Politiker hätten keine Ahnung, wie das Leben normaler Leute aussehe. Trotzdem werde sie wählen gehen, „ich weiß nur noch nicht, wen ich schlimmer finde“.

Sie und ihr Mann ziehen die gemeinsame Urenkelin Ariel im ländlichen Wayne County groß. Zwar habe bereits Janeyes Vater die Tabakfarm der Familie verkaufen müssen, doch auch Ariel hält die Tradition noch hoch: Sie ist bei den Future Farmers of America aktiv und kann Tabakblätter mit einem Bindfaden blitzschnell zum Trocknen aufhängen. So wie zu Janeyes Kinderzeit.

Danach gefragt, was ihr bei der Wahl am wichtigsten sei, weiß Janey es dann doch: „An Herrn Trump habe ich nun wirklich kein Interesse, der würde Frauen lieber sterben lassen, als ihnen zu helfen“, sagt sie. Abtreibung ist aus Sicht der 78-Jährigen der wichtigste Aspekt für ihre Entscheidung.

Auch wenn das Recht auf Abtreibung laut einer nationalen Umfrage des Pew Research Center als wichtiges Thema nur auf Platz acht rangiert, heißt es gerade in Swing States wie North Carolina: Every vote counts. Und somit auch: Every issue counts.

Sichtbare Sympathie für Trump

Optisch dominieren auf der State Fair die Fans des republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Ein Mann mit Glatze, Halstätowierung und Kinnbart hat seinen Stand mit Trump-Flaggen dekoriert. Sein Sortiment: T-Shirts mit Totenkopfaufdruck, Patronenhülsen und einem Schwur auf das in der Verfassung verbrieftete Recht, Waffen zu tragen. Ein Aufdruck titelt: „Ich mag meine Waffen wie die Demokraten ihre Wähler: ohne Papiere“, eine Anspielung auf Trumps Behauptung, irreguläre Migrant*innen würden in den USA massen-

haft wählen – und das demokratisch. Ein Narrativ, das Trump seit der verlorenen Wahl 2020 immer wieder aufbringt und das längst andere Republikaner und Trump-Unterstützer wie Tesla-Chef Elon Musk aufgegriffen haben.

Neben dem Biergarten auf dem Gelände weht groß und rot eine Trump-Flagge in der Sonne. Am unteren Ende der Fahnenstange hat Ed seinen Pavillon samt Auslage aufgebaut. Er ist Anfang 70 und seit fast 50 Jahren als Verkäufer auf dem Volksfest präsent. In diesem Jahr hat er Fahnenmasten und eine eher unerwartete Mischung an Flaggen im Angebot: Kauft man bei ihm, kann man sich im Vorgarten als Unterstützer Trumps, der Ukraine oder Israels bekennen.

„Wir hatten bisher nur zwei negative Kommentare von Passanten. Sonst sind hier alle super positiv.

Kein Wunder, das hier ist Trump-Land“, sagt Ed. Rund um Raleigh seien die Leute liberaler, aber gerade die Landwirte von weiter draußen seien eindeutig Anhänger des Republikaners. Die Trump-Flaggen verkauften sich quasi wie von selbst.

Wo Eds Loyalitäten liegen, ist unschwer zu erkennen: An seiner linken Hemdtasche grinst breit Donald Trump auf einem Button. Trump werde hundertprozentig die Wahl gewinnen, sagt der Verkäufer, „solange die nicht dasselbe Spielchen abziehen wie beim letzten Mal“.

Die Demokraten hätten die Staatsschulden ins Unermessliche getrieben; die Gratismoralität der Partei sei eine Bankrotterklärung und Kamala Harris eine Marxistin durch und durch. Seinem mexikanisch-stämmigen Mitarbeiter hat Ed eine Trump-Cap aufgesetzt. Der sagt, er trage, was der Chef wolle. Selbst sei er unpolitisch, die Wahl ihm egal.

Die größte Wählergruppe in North Carolina bilden inzwischen die Unentschiedenen. Während rund 2,4 Milli-

„Es wäre schön,
richtig in
mein eigenes
Leben starten
zu können.“

Dylan, Studentin



Janey, Urenkelin Ariel, Jim: „Ich weiß noch nicht, wen ich schlimmer finde.“

onen eine generelle Präferenz für die Demokraten angeben und 2,3 Millionen die Republikaner vorziehen, sind mehr als 2,9 Millionen Wahlberechtigte ohne eine klare Neigung für eine Partei registriert.

Die größte Gruppe sind die Unentschiedenen

Eine von ihnen ist Shelly. „Es heißt ja, das Ergebnis in North Carolina werde womöglich wahlentscheidend sein“, sagt die Mittfünfzigerin, die mit ihrem 13-jährigen Sohn, einem Trump-Fan, gekommen ist. „Ich weiß nur, dass es hier ganz starke Trump-Verfechter, aber auch eingefleischte Harris-Fans gibt. Und dann gibt es Leute, die weiterhin unsicher sind, wer die bessere Wahl ist. Das gilt auch für mich.“ Ihren Kindern bringe sie bei, Menschen mit anderen Ansichten zu

respektieren und nicht zu vergessen, „für welche Werte Amerika steht“. Hoffentlich, sagt Shelly, werde sich am Tag nach der Wahl auch der Rest des Landes noch daran erinnern, „ich fürchte aber, das könnte kippen“.

Sie selbst hadere mit ihrer Unfähigkeit, sich klar zur Wahl von Trump oder Harris durchzuringen, allerdings sagten ihr eben bei beiden bestimmte Aspekte zu. „Jetzt versuche ich zu entscheiden, welche Themen mehr Gewicht haben, und danach zu gehen: Der eine wäre wahrscheinlich besser für uns Amerikaner, aber die USA haben auch international viel Verantwortung“, sagt Shelly. Sie wolle das Beste für die USA: „Aber was, wenn dann der dritte Weltkrieg ausbricht?“ Aber genug davon, es sei Zeit für Karamelläpfel und Zuckerwatte.

Keine Politik, nur Spaß

Der Tag klingt später beim Tractor Pulling aus. Aufgemotzte Dieseltrecker schleppen dabei Gewichte von bis zu 30 Tonnen über eine staubige Rennstrecke. Wer es am weitesten schafft, bevor der Motor aufgibt, gewinnt. Der Lärm ist ohrenbetäubend, nach jedem Lauf hüllt eine pechschwarze Abgaswolke die Zuschauertribüne ein. Es ist ein Event, das noch einmal alle zusammenbringen kann: Keine Politik, nur Spaß. So antagonistisch wie der Wahlkampf geführt worden ist, so zerrüttet, wie die US-amerikanische Gesellschaft kurz vor dem Wahltag scheint, dürfte es in den kommenden Wochen gerade davon deutlich mehr brauchen.

Erschienen im „Tagesspiegel“ vom 3. November 2024.

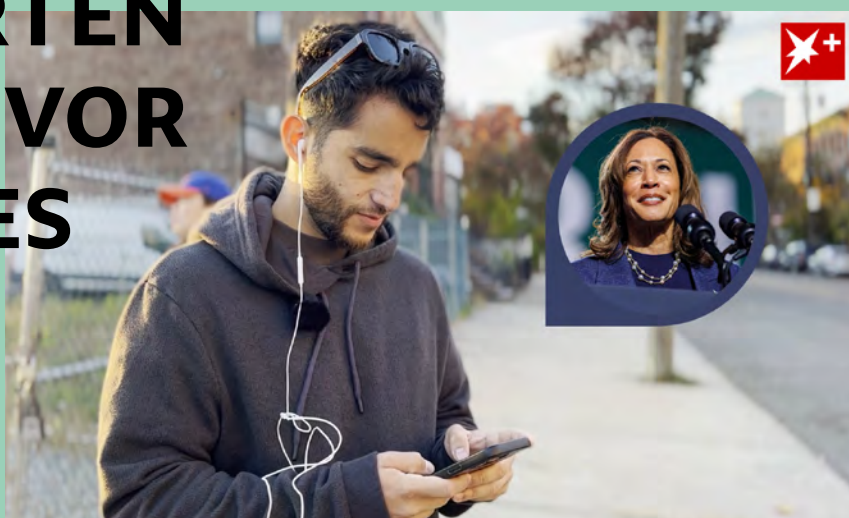
Theresa Crysmann schrieb über die USA auch „Hurrikan Helene und The Donald, der perfekte Sturm“ („Tagesspiegel“ vom 2. November) sowie „Die Kamala Harris der Landwirte“ über die Demokratin Sarah Taber (Tagesspiegel Background, aktualisiert am 5. November 2024). Alle Texte hinter Bezahlschranke.

US-EXPERTEN WARNEN VOR DEEPPAKES

Noelia Sanchez Barón
über manipulierte
Audio- und Videoclips



bit.ly/40yCber



„Stern“, 6. November 2024

EINE STADT IM KAMPF FÜR REPRODUKTIVE FREIHEIT

In Texas sind Abtreibungen fast komplett illegal. Ein Ortsbesuch vor der Wahl in Amarillo, wo radikale Abtreibungsgegner ein perfides lokales Gesetz fordern. **Von Julia Belzig**

Viele Autos, Waffen und Staub. Wie im Wilden Westen. Die Stadt Amarillo im Norden Texas ist wohl so, wie man sich klischeemäßig Texas vorstellt. Der Norden des Bundesstaates liegt direkt an der historischen Route 66. Der berühmteste Highway des Landes - er steht für eine Reise durch das alte, das traditionelle Amerika. In der „gelben Stadt“ Amarillo führt sie einen auch am Steakhaus The Big Texan vorbei - wer hier ein 2,4-Kilo-Steak innerhalb einer Stunde isst, muss dafür nicht zahlen.

Nicht weit davon entfernt liegt die Comanche Trail Church of Christ, eine der vielen Kirchen in der Stadt. Davor blinkt ein Leuchtschild: „Everyone's welcome!“ Hört man den Menschen drinnen zu, auch dann reist man ein Stück in dieses alte Amerika zurück. Denn an einem Donnerstagabend Mitte Oktober geht es auf einem Panel um Abtreibung.

„Die Welt wäre ein besserer Ort, wenn es keine Abtreibungskliniken gäbe“, predigt Mark Lee Dickson, Pastor und bekannter Abtreibungsgegner. „Wir brauchen diese Einrichtungen nicht, denn sie schaden Frauen, verwehren ihnen das Muttersein und nehmen ihren ungeborenen Kindern das Leben.“ Immer wieder ertönt Applaus aus der Menge, dazwischen rufen einige Gäste „right“ oder „amen“.

Ungewollt Schwangere haben es im Staat Texas bereits sehr schwer, Zugang zu Gesundheitsversorgung zu bekommen, denn Schwangerschaftsabbrüche sind im „Lone Star State“ fast vollständig illegal. Von Amarillo aus liegt die nächste Klinik 463 Kilometer entfernt, in Albuquerque im Nachbarstaat New Mexico. Aufgrund der Gesetzeslage sehen sich viele Frauen gezwungen, für einen Eingriff in benachbarte Bundesstaaten zu reisen. Und genau das will Dickson verhindern.

Am 5. November, dem Tag, an dem die USA über eine neue Präsidentschaft entscheiden, wird in Amarillo noch über etwas anderes abgestimmt: über „Proposition A“. Kon-

kret ist das eine „Ordinance“, rechtlich entspricht das in Deutschland einer kommunalen Verordnung. Würde „Prop A“, so die Kurzform, angenommen, würde Amarillo zu einer „sanctuary city for the unborn“, also einer „Zufluchtsstadt für Ungeborene“, erklärt.

Verboten wäre dann, Amarillos Straßen zu benutzen, um in Bundesstaaten zu reisen, in denen Schwangerschaftsabbrüche erlaubt sind. Der Stadtrat von Amarillo - fünf weiße, konservative Männer - hatte im Juni 2023 Dicksons Ordinance-Entwurf abgelehnt. Die Entscheidung war eindeutig: 4 zu 1. Argumente gegen die Verordnung waren rechtliche Bedenken, das Image von Amarillo und Fragen zur Durchsetzbarkeit.

Kontrolliert werden soll in dem Entwurf nämlich nicht von staatlicher Seite aus - die Ordinance würde sich auf Zivilklagen stützen. Konkret bedeutete dies, dass Nachbar*innen und Einwohner*innen sich gegenseitig kontrollieren und bei Verstößen ver-

klagen könnten. Wird die kommunale Verordnung wirklich am 5. November angenommen, stünden Strafen in Höhe von bis zu 10.000 US-Dollar im Raum. Belangt werden könnten alle, die bei einer „freiwilligen Abtreibung“ unterstützen oder helfen. Das steht jetzt für die Bürger*innen der Stadt auf dem Stimmzettel.

Außerdem soll der Besitz oder Vertrieb von Abtreibungspillen kriminalisiert werden. Die Ordinance würde es ermöglichen, Organisationen rechtlich zu belangen, die Frauen mit Abtreibungspillen versorgen. Derzeit ist es in den USA legal, die Medikamente Mifepristone und Misoprostol bis circa zur zehnten Schwangerschaftswoche einzunehmen. Diese Nutzung ist in den letzten zwei Jahren enorm gestiegen. Das hängt wohl mit der Entscheidung des Supreme Court aus dem Juni 2022 zusammen. Der Oberste Gerichtshof der USA beschloss damals, dass das Recht auf Abtreibung nicht mehr durch die Verfassung geschützt ist. In der Folge des bekannten Urteils „Roe v. Wade“ wurde Frauen fast

„Prop A“ will eine rabiate Kriminalisierung. Die Menschen sollen sich gegenseitig anzeigen.

50 Jahre lang die komplette sexuelle Selbstbestimmung garantiert. Seit dem Ende von „Roe v. Wade“ können die 50 Bundesstaaten selbst über die Legalität von Schwangerschaftsabbrüchen entscheiden. Texas verschärfte kurz danach als einer der ersten Bundesstaaten das Gesetz. Nun gilt dort eines der strengsten Abtreibungsverbote der USA: Abbrüche sind nach circa sechs Wochen der Schwangerschaft bereits verboten, auch wenn viele Frauen zu dem Zeitpunkt noch nicht einmal wissen, dass sie schwanger sind.

Insgesamt hat die Situation landesweit zu einer Art Flickenteppich geführt. In 14 US-amerikanischen Bundesstaaten sind Schwangerschaftsabbrüche weitgehend verboten, vier weitere Staaten verbieten Abtreibungen nach der sechsten Schwangerschaftswoche. 43 Prozent aller Frauen im reproduktiven Alter sowie trans und nonbinäre Menschen leben derzeit in US-Staaten, die ihre reproduktiven Rechte einschränken.

Das alte Thema Abtreibung ist wieder da

Kaum ein Thema spaltet die USA so sehr wie die Frage der Abtreibung, und kaum ein Thema hat eine so hohe Sprengkraft im momentanen Wahlkampf um die Präsidentschaft. Denn durch das Ende von „Roe v. Wade“ ist das alte Streitthema Abtreibung wieder in den Mittelpunkt der Politik gerückt. Laut aktuellen Zahlen des Pew Research Centers finden sechs von zehn Amerikaner*innen, dass Abtreibungen legal und zugänglich sein sollten. Viele der Befragten sind außerdem der Meinung, dass die Regierung sich aus dem Thema heraushalten sollte.

Die Demokraten haben sich im Wahlkampf früh als „Pro-Choice“ positioniert, Kamala Harris macht das noch wesentlich deutlicher als Nochpräsident Joe Biden. „Wir vertrauen Frauen und wir werden immer für den Schutz ihrer reproduktiven Freiheit kämpfen“, schrieb sie vor einer Woche auf ihrem Instagram-Kanal. Würde sie Präsidentin, wolle sie das Recht auf Abtreibung landesweit wieder gesetzlich verankern. In ihren Reden beschuldigt Harris ihren Rivalen Donald Trump, für die derzeitige Lage und das Chaos in den Bundesstaaten verantwortlich zu sein.

Für Republikaner ein toxisches Thema

Denn das Ende von „Roe v. Wade“ passierte unter Präsident Donald Trump - er ernannte drei „Pro-Life“-Richter am Supreme Court. Noch diesen Mai prahlte Trump: „Ich habe Roe v. Wade gekippt, und keiner hätte gedacht, dass ich das tun würde.“ Doch seitdem ist ihm ein wichtiger Teil seiner Wählerschaft teilweise weggebrochen - nämlich viele der weißen republikanischen Frauen der Mittelklasse, die ihm 2016 mit zum Wahlsieg verhalfen. Die Republikaner wissen, dass das Thema Schwangerschaftsabbruch politisch für sie toxisch ist. Derzeit gibt Trump sich moderater, erklärt plötzlich, kein nationales Abtreibungsverbot erlassen zu wollen.

Der Gender Gap im Wahlverhalten ist so kurz vor der US-Wahl größer und tiefer denn je. Laut einer der aktuellsten landesweiten Umfragen von USA Today und der Bostoner Suffolk University unterstützen Frauen entschieden die Kandidatin Kamala Harris mit 53 Prozent im Vergleich zu 36 Prozent bei den Männern. Bei Donald Trump ist es genau andersherum: 53 Prozent der Wähler unterstützen ihn und 37 Prozent der Wählerinnen.

Im Land tobt ein erbitterter Kampf um die Zukunft der reproduktiven Freiheit, und Amarillo steckt mittendrin. Der Konflikt in dieser Stadt verdeutlicht im Kleinen und exemplarisch den Kulturkampf im ganzen Land. Die Abstimmung über eine „Zufluchtsstadt für Ungeborene“ würde das Schicksal der Frauenrechte in Texas und darüber hinaus prägen. Bedeuten würde eine gewonnene Abstimmung eine weitere Radikalisierung im Kampf gegen Abtreibungen.

Laut des Non-Profit-Nachrichtenportals Amarillo Tribune gibt es bereits 69 Städte in sieben Bundesstaaten, die „Zufluchtsstadt für Ungeborene“ sind, seit Dickson die Initiative 2019 startete. Aber warum auch ausgerechnet Amarillo? Die rund 200.000-Einwohner*innen-Stadt ist strategisch wertvoll für Dicksons Vorhaben, weil sie ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt ist. Ihre Fernverkehrsstraßen verbinden die Stadt mit New Mexico und Colorado im Westen. Unge-

wollt Schwangere aus Oklahoma, Arkansas oder Louisiana müssen mit dem Auto zwangsläufig durch Amarillo über die alte Route 66 reisen, um die Möglichkeit zu haben, abzutreiben.

Wer eine Frau zur Abtreibung fährt und die falsche Straße nimmt, kann verklagt werden.

Gefährliche Verordnung

Die Frauen selbst sollen aber nicht belangt werden, sondern jene, die ihnen helfen, sie also beispielsweise mit dem Auto zu einer Abtreibungsklinik fahren. „Einer der gefährlichsten Aspekte dieser Verordnung ist, dass sie es Privatpersonen erlaubt, jeden zu verklagen,

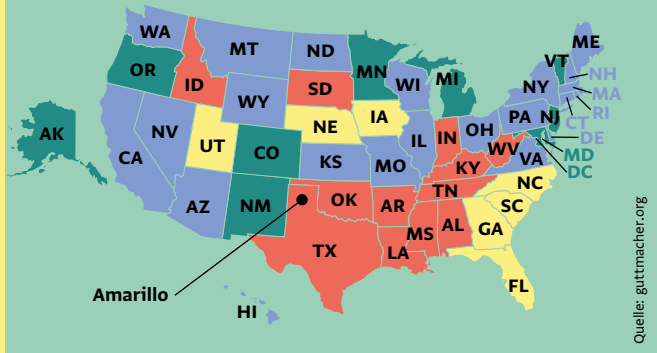
der ihrer Meinung nach gegen das Gesetz verstößt - ohne Beweise. Dies öffnet die Tür für leichtfertige Klagen, die aus Bosheit oder Arglist eingereicht werden und bei denen sich die Angeklagten in kostspieligen Rechtsstreitigkeiten verteidigen müssen“, kritisiert die Amarillo Reproductive Freedom Alliance (ARFA) das Vorhaben.

Die Organisation leistet in Amarillo großen Widerstand gegen die Proposition A. Die ARFA ist es leid, ständig die gleiche Rhetorik zu hören. Vermeintliche Argumente wie etwa: Frauen müssten eine Schwangerschaft austragen, ansonsten würden sie in der Hölle schmoren. Im Juli 2023 gründete sich die Organisation, die von einer Kerngruppe von sechs Frauen geleitet wird. Für sie geht es um ihre Freiheit und ihr Recht auf Selbstbestimmung. ARFAs momentane Mission ist es, die Einwohner*innen von Amarillo über Prop A aufzuklären.

Keine von ihnen hatte am Anfang viel Erfahrung, eine politische Kampagne in dieser Größe auf die Beine zu stellen,

ABTREIBUNG IN DEN USA nach Bundesstaaten, Januar 2025

- verboten
- verboten bis 6./12./18. Woche
- nach der 18. Woche möglich
- nicht verboten



Reproduktive Rechte von Frauen sind in weiten Teilen der USA nicht mehr akzeptiert.

alle sind ehrenamtlich dabei. Doch nun sind sie ein eingespieltes Team. Die Frauen geben Interviews, sind auf Veranstaltungen und online präsent und haben Strategien entwickelt, die Menschen in Amarillo zum Wählen zu mobilisieren. Teil davon sind eine Telefonkampagne und Wahlkampf an der Haustür. Fast alle Teammitglieder kommen aus Amarillo, kennen ihre Zielgruppe.

Das Argument, das am besten ankommt? Prop A schränke die persönliche Freiheit ein - die ist den Texaner:innen besonders wichtig - und überschreite staatliche Befugnisse. Außerdem versuchen die Frauen, über eventuelle Formulierungen aufzuklären, die falsch verstanden werden könnten. Wichtig sei auch, keine „woke“ Sprache zu benutzen und Dickson als extremistischen Außenseiter zu positionieren.

Gabriela Mireles, Gründungsmitglied der Alliance, ist an jedem Wochenende bis zur Wahl von Tür zu Tür unterwegs. „Hätte mir jemand vor einem Jahr gesagt, dass ich introvertierte Person für die ARFA von Tür zu Tür laufe und Wahlkampf mache, ich hätte es nicht geglaubt“, erklärt sie. Aber die Arbeit mit der Alliance hat ihren Blick auf die Menschen in ihrer Heimatstadt verändert. Mireles hat ihren Platz gefunden: „Die Leute hier haben viel mehr Menschlichkeit, als ich dachte.“

Selbst Konservativen zu extrem

Sind die Leute bereit, mit ihr über die Wahl zu reden, beginnt sie routiniert mit ihren Fragen: „Wissen Sie, worum es in der Petition geht? Sind Sie registriert und haben Sie schon einen Plan, wie Sie wählen wollen?“ Die Reaktionen sind vielfältig: Einige Menschen wollen gar nichts über Prop A wissen, andere sind bereits aufgeklärt. Die meisten

lassen sich zumindest auf ein Gespräch ein und nehmen Flyer und Poster mit.

Bei einem dieser Aufklärungsgespräche öffnet ein Mann um die sechzig und mit hispanischem Akzent die Tür. Er zeigt Interesse an der Information über Prop A. Dann driftet das Gespräch ab. Wieder einmal geht es um die Frage, die Amerika seit Monaten beschäftigt: Kamala Harris oder Donald Trump? „Diese Wahl wird entscheiden, ob wir unser Land bewahren oder Amerika verlieren werden“, deklamiert der Mann an der Tür.

Genau diesen Satz - egal ob im konservativen Texas, im liberalen New York oder in der Hauptstadt Washington - hört man von fast jeder Person, mit der man spricht. Nie kann man aber dabei sicher sein, aus welcher politischen Ecke das Argument kommt. Diese Wahl wird alles entscheiden: Nur darüber scheinen sich die Menschen in den USA einig zu sein.

Im texanischen Amarillo zeigt jeder und jede sehr offen, für wen oder was sie oder er stimmt. Ein großer Unterschied zu Deutschland: Die politische Kultur ist in den USA nicht so privat. Im Norden von Texas befindet man sich im tiefsten „Trumpland“, ein informeller Begriff, um die oft ländlichen Gebiete zu beschreiben, die mehrheitlich für den ehemaligen Präsidenten Donald Trump stimmen oder seine politischen Ansichten unterstützen.

In Amarillo ist das nicht anders, hier wählen 70 bis 80 Prozent die Republikaner. Es genügt ein kurzer Blick in die Vorgärten vieler Amarilloianer. Pappaufsteller stehen hier vor vielen Häusern, oft mehrere Schilder nebeneinander: „Cruz for Texas“, der erzkonservative Senator, der wiedergewählt werden will, „Pro Trump“ und „Pro-Life“. Aber vor genau einem dieser Häuser steht inmitten der republikanischen Bekundungen ein „Vote against Prop A“, also gegen die Zufluchtsstadt. Wie passt das zusammen?

Die Aktivistinnen der ARFA erklären es sich so, dass viele Konservative denken, eine „Zufluchtsstadt für die Ungeborenen“ sei doch zu extrem. „Wir haben definitiv höhere Chancen zu gewinnen, wenn auch die Republikaner der Stadt genau wissen, worum es in Prop A geht“, erklärt Courtney Brown, ebenfalls Gründungsmitglied der Alliance. Bisher zeigt sich die Gruppe optimistisch, die Wahl zu gewinnen. Doch sie alle haben viel geopfert.

Allein die Zeit, die sie in diesen Kampf investieren, ist jeweils vergleichbar mit einer Vollzeitstelle. Auch mit Anfeindungen müssen sie sich zunehmend auseinandersetzen und stellen deshalb aus Sicherheitsgründen Personal für Veranstaltungen ein, posten keine privaten Details online und haben Überwachungskameras zu Hause installiert. Sicher zu bleiben bedeutet auch, das „A-Wort“ nicht immer auszusprechen.

Noch immer ist das Stigma rund um das Thema Abtreibung groß. Das bedeutet auch, dass es vielen Frauen

**Von Amarillo
aus ist die
nächste
Abtreibungsklinik
463 Kilometer
entfernt.**

schwerfällt, öffentlich über ihre Abtreibungen zu sprechen. Viele Texanerinnen erzählen anonym darüber, dass sie sogar zwei Abtreibungen hatten, oder dass sie trotz ihrer zwei Kinder sich nicht dem Gesundheitsrisiko aussetzen wollten, in Texas noch einmal schwanger zu sein.

Für den Anti-Abtreibungs-Aktivistin und Pastor Mark Lee Dickson ist die Alternative zu Abtreibungen, ein Kind zur Adoption freizugeben, das betont er immer wieder. Beim Frühstück in einem Hotel in Amarillo beantwortet Dickson der taz einige Fragen. Mitten im Gespräch tötet er blitzschnell eine der Fliegen, die um ihn herumschwirren.

Vom Recht, „gute Mütter zu sein“

Kritischen Fragen weicht Dickson aus: Was er von Ausnahmen hält, beispielsweise wenn schon vor der Geburt klar ist, dass das Kind beispielsweise aufgrund von einer Behinderung nur Schmerzen hat und nicht lange leben wird? „Woher würden wir denn wissen, ob das Kind leidet?“, antwortet er. „Wir sind nicht hier, um Gott zu spielen.“ Woher kommt das Geld für seine Arbeit? „Spenden“ und: „The Lord provides“.

Wie er zu der Kritik steht, dass seine Bewegung die Rechte von Frauen einschränkt? „Ich glaube, dass die Pro-Choice-Bewegung die Rechte von Frauen einschränkt. Sie nimmt ihnen die Möglichkeit, gute Mütter zu sein.“ Wenn Dickson über seine Arbeit berichtet, wirkt er unheimlich stolz. Für ihn sei es wichtig, ethisch zu handeln, Menschenleben zu retten. Seine Arbeit? „Ich entscheide mich dafür, das Richtige zu tun.“

Er selbst hat keine persönliche Erfahrung mit Abtreibungen gemacht. In den Medien inszeniert er sich als „39-jährige Jungfrau“, ein Missionar, der Abtreibungskliniken aus Texas heraushalten will. An seinem Jackett haftet ein goldener Anstecker in der Form von Texas, darunter baumeln an einem Federring kleine Babyfüße. Für Dickson ist es

das Hauptziel, ein nationales Verbot des „Tötens von ungeborenen Kindern“ zu verhängen.

Oft spricht er von Abtreibungshandel, bei dem das ungeborene Kind gegen seinen Willen über Texas Grenzen hinausgebracht wird. Auch die „Industrie“ rund um Abtreibung ist ihm ein Dorn im Auge. Ärzt*innen würden Profit aus Abtreibungen schlagen. Wenn er darüber redet, klingt es so, als würde er in Kliniken organisiertes Verbrechen sehen. Die Abtreibungsindustrie, wie er sie nennt, ist für ihn historisch vergleichbar mit dem Naziregime.

Diese Ansicht verbreitet er auch in den sozialen Medien, wie auf X: „Während des Holocausts brachten die Nazis unschuldige Juden in die Gaskammern, um sie dort zu töten. Beim heutigen Abtreibungsholocaust bringen Abtreibungshändler (Nazis) ungeborene Kinder im Mutterleib (unschuldige Juden) in Abtreibungseinrichtungen (Gaskammern), um sie dort umzubringen.“ Auch mit grausam haltlosen und den Holocaust relativierenden Ansichten wie diesen wird das Stigma rund um Abtreibungen verstärkt.

Ein Plan, den Pastor zu stoppen

Doch auch der gegenteilige Effekt ist möglich. Laina Seaberg, eine Bewohnerin von Amarillo, hatte sehr lange Angst, ihre Meinung zu dem Thema öffentlich zu teilen. Heute sagt sie: „Frauen finden bei dieser Wahl ihre Stimme. Ich fühle mich empowered, gegen Prop A zu stimmen.“ Egal, wie die kommende Wahl nun ausgeht, „die Aktivistinnen der ARFA machen weiter“, kündigt Courtney Brown an. Und sie wollen für die anderen 26 Städte um Amarillo herum eine Art Playbook schreiben: wie man Dickson und seine Leute stoppen kann.

Erschienen in der taz vom 30. Oktober 2024. Nachtrag: Am 5. November verwarfen die Wähler:innen in Amarillo die Vorlage „Prop A“ mit 40.400 zu 27.600 Stimmen oder 60 zu 40 Prozent.

Nach Redaktionsschluss:

DIE MINEN-INDUSTRIE KEHRT ZURÜCK

Statt Kohle und Eisen sind dank der Energiewende in den USA jetzt Lithium, Kobalt und seltene Erden gefragt. **Moritz Fehrle** ging in Idaho und Nevada der Frage nach, ob eine „grüne Rohstoffwende“ gelingen kann.

Geplant für den Deutschlandfunk



Tradwives inszenieren sich online wie Hausfrauen des letzten Jahrhunderts. Dahinter stecken Geschäftssinn und eine radikal-konservative Glaubensgemeinschaft. **Charlotte Lüder** hat Mormoninnen in Utah besucht.

Geplant für den „Spiegel“

OHNE LOKAL-JOURNALISMUS KEINE DEMOKRATIE?

In den USA machen immer mehr Lokalzeitungen dicht. Die Aussichten für die Branche sind schlecht. Doch **Felix Biermayer** hat sich vor Ort umgehört: Es gibt neue Ansätze, um die Abwärtsspirale zu stoppen.

Geplant für den „Schwarzwälder Boten“



Donald Trumps Anhänger waren mit seinem Auftritt in Oaks im Osten Pennsylvanias zufrieden.

FOTOS: BERHNER

Zwischen den kurzen Reden laufen Bilder über die Leinwände. Deren Kernbotschaft: Kamala Harris lässt massenweise kriminelle Migranten ins Land, welche den Amerikanern an den Kragen wollen.

Warten auf Trump

Das Publikum ist vor allem weiß und männlich. Viele haben die roten „Make America Great Again“-Kappen auf – überhaupt haben sich die meisten mit Fanartikeln eingedeckt. Die lange Wartezeit drückt allerdings auf die Stimmung. Trumps Anhänger reden untereinander kaum. Als er endlich gegen 19 Uhr auf die Bühne kommt, ist das alles plötzlich egal. Die Menschen jubeln ihm zu und stimmen „Fight“- und „USA“-Sprechchöre an. Trump redet über Einwanderer oder die Inflation. Alles sei unter ihm besser gewesen. Dass sich die US-Wirtschaft aktuell erhole, glaube er nicht. Die Zahlen der Regierung seien „falsch“. Trump ist nahbar und manchmal sogar witzig. Er wolle, dass sich alle Amerikaner ein Haus leisten können – auch die Alten. Und das, obwohl er ja selbst noch zu den jungen zähle, scherzt er.

Donald Trump hautnah erlebt

Mit klassischen Kundgebungen haben die chaotischen Veranstaltungen von Donald Trumps wenig zu tun. Der freie PZ-Mitarbeiter Felix Biermayer, der normalerweise in der Region im Einsatz ist, war in Pennsylvania li

VON FELIX BIERMAYER | PENNSYLVANIA

In den USA ist Politik ein bisschen mehr Show als in Deutschland. Und das nicht erst, seit Donald Trump vor knapp zehn Jahren über eine goldene Koltroppe die politische Bühne betrat. Doch der (nach eigenen Angaben) Milliardär, hat in dem Bereich neue Maßstäbe gesetzt. Auf seinen Wahlkampfveranstaltungen steht er als Person im Vordergrund. Politik gerät zur Nebensache. So auch Mitte Oktober in Oaks.

Oaks ist kleiner Ort im Osten Pennsylvanias am Rande des St. Lawrence-Countys von Philadelphia. Er liegt im Montgomery County, welches Joe Biden bei der Präsidentschaftswahl 2020 gewinnen konnte. Bei der kommenden Wahl liegt die Fokus wieder auf Pennsylvania, dessen Counties und deren Wählern. Denn es gilt als Swing State. Der Staat ist also wieder klar demokratisch nach republikanisch geprägt. Sowohl Kamala Harris als auch Donald Trump investieren hier deshalb viel Zeit und Geld, um die Mehrheit auf ihre Seite zu ziehen – und letztlich so die Präsidentschaft zu gewinnen. Donald Trump kommt ins Messezentrum von Oaks, um dort vor rund 6000 Menschen zu sprechen. Doch bis es soweit ist, müssen seine



Manche seiner Fans versuchen, ein Selfie mit Trump zu bekommen.

Anhänger einige line-Anmeldung, gestehen und grüßeln. Auf den Bühnen schon zu geben. Und trotz seiner eigenen Rede pro Tag mehrere um nach Geld zu set teuer.

Nicht nur das chern Geduld. 18 Uhr angekündigt vorher ist die Halle warten. Die Halle sind früh an ein ehemals dem auf, der ne schwört. Dann k von South Dakot Bühne. Sie wird geschäftigt, hatte re Autobiografie sie beschrieb in eigenen Hand er

„Die Grenze ist das Thema Nummer eins.“

DONALD TRUMP bei seiner Wahlkampfveranstaltung in Pennsylvania



Gewerkschafter Stephen DeMatteo (rechts) versucht, die Menschen von einer Stimme für Kamala Harris zu überzeugen.

FOTOS: BERHNER

Er kämpft um jede Stimme

Der Gewerkschafter Stephen DeMatteo wirbt in seinem Heimatort Greensburg in Pennsylvania für Kamala Harris. Dabei klopft er an viele Haustüren – begleitet vom freien PZ-Mitarbeiter Felix Biermayer. Ein Bericht aus dem „Inbegriff Amerikas“.

VON FELIX BIERMAYER | GREENSBURG

Die Leute sind nett hier. Das ist eine gute Ecke der Welt“, sagt Stephen DeMatteo Kleinstadt im Südwesten Pennsylvanias hat knapp 15 000 Einwohner. DeMatteo ist hier aufgewachsen, lebt und arbeitet aber mittlerweile in Washington DC für die Post-Gewerkschaft APWU. Doch an diesem Sonntag ist er zurück. Zum einen besucht er seine Mutter. Zum anderen möchte er die Leute davon überzeugen, bei der Wahl für Kamala Harris zu stimmen.

Der Inbegriff Amerikas

Stephen Mutter war Krankenschwester, sein Vater Lagerarbeiter. Er selbst hat an der Georgetown University in Washington DC studiert und zeitweise für eine internationale Gewerkschaft in Genf gearbeitet. Als Arbeiterkind aufs College – das ist für viele der amerikanischen Traum vom Aufstieg. Nicht für alle erfüllt er sich, auch nicht in Greensburg. Manche setzen deshalb auf Trump. Sie glauben nicht mehr, dass die Demokraten sich für sie stark machen. Und hier versucht Stephen also die Menschen von Kamala Harris überzeugen. An den Türen trifft er

phen nicht viel ausrichten, auch wenn er es versucht. „Leute, die sich schon entschieden haben, kann man schwer überzeugen“, sagt er nach dem Gespräch.

„Leute, die sich schon entschieden haben, kann man schwer überzeugen.“

STEPHEN DEMATTEO

In Greensburg stehen sowohl Schüler für Trump als auch für Harris in den Vorgärten – die beiden Lager versuchen, vor allem unterschiedliche Wähler zu erreichen. Stephen trifft nur einen: einen jungen Mann Anfang 20, Elektriker im dritten Lehrjahr, Gewerkschaftsmitglied. „Sie ist ay“, sagt er zu Harris. Aber er redete jetzt Geld und wollte das ich behalten. Die Demokraten seien mit hohen Steuern und Inflation die Verbindung gebracht. Stephen erklärt m, was Harris alles für die Arbeiter tue. Der Mann ist trotzdem unhilfslos. Wählen werde er aber in jedem Fall, sagt er.

„entscheidende Stimme“

Stephen DeMatteo ist zufrieden mit seinem Sonntag, auch wenn er ihm mehr Gespräche gewünscht hätte. Es habe sich aber gut an, es ist genau zu haben, sagt er. „Wenn es später auf eine Stimme kommt, bin ich stolz, dass ich gemacht habe“, meint er mit Blick auf die knappen Umfragen. Wende wolle er sich mit seinen eunden auf ein Bier treffen. Und a nächsten Tag geht er nochmal i. Vielleicht überzeugt er ja den ten entscheidenden Wähler.

„Das schönste, was der menschliche Geist je geschaffen hat, ist die US-Verfassung.“

RICK HOHNESSE

fen, um die Geldbasis zu erhöhen. Das sei „degeneriert und inkompetent“. Und die USA sollen sich aus dem Nahen Osten rausziehen. Ebenso habe er Unterstützung in der Friedensbewegung. Und er setzt auf unkonventionelle Methoden, um mehr Menschen auf sich aufmerksam zu machen. Manchmal fahre er mit dem Fahrrad und einem Karton auf dem Kopf durch die Stadt. Darauf stehe: „Blick for Dictator“. Dadurch könne er mit den Leuten ins Gespräch.

Eine Mehrheit von 38 Staaten erreicht er so vermutlich nicht. Doch für ihn gibt es nur diesen Weg. „Jeder Dictator ist anders“, sagt er. Aber Rick Hohensee will sich zum Alleinherrscher wählen lassen – um die Demokratie zu retten.

Ein Obdachloser will als Diktator die Demokratie retten

■ Rick Hohensee sieht das politische System der USA am Ende – und plant deshalb einen ungewöhnlichen Schritt.

FELIX BIERMAYER | WASHINGTON DC

Das amerikanische Wahlsystem bevorzugt große Parteien. Republikaner und Demokraten dominieren die Parlamente sowie den Präsidentschaftswahlkampf. Trotzdem werden andere Vertreter ihren Hut in den Ring. Rick Hohensee ist einer von ihnen.

Der 68-Jährige hat einen ungewöhnlichen Plan. Er will die USA als Diktator regieren, aber auf demokratischen Weg an die Macht kommen. Dafür brauche es einen Zusatzartikel zur Verfassung, erklärt er. Dem müssten wiederum 38 Bundesstaaten zustimmen. Dann werde er zwei Jahre regieren, mit Macht über Legislative und Exekutive. Die Gerichte sollen unabhängig bleiben. „Es funktioniert nur, wenn die Mehrheit zustimmt“, stellt er

klar. Er wolle keinen gewaltsamen Putsch.

Hohensee geht es nicht um Macht. Er will sein Land retten. „Es ist keine Demokratie, es ist ein Witz“, sagt er zur aktuellen Politik. Demokraten und Republikaner unterscheiden sich in seinen Augen kaum. Beide Parteien bräuchten einander, denn ohne Gegner ließen sich schlecht Spenden sammeln. Aber im Endeffekt sei es ein einziger Kampf. „Corporate oligarchy“ – also eine Herrschaft der größten Unternehmen. Das sei sogar schlecht für die Reichen, findet er. Denn der Lebensstandard sinke dadurch auch für sie, zum Beispiel in der Gesundheitsversorgung.

Vorteil der Unabhängigkeit

Reich ist Rick nicht. Aktuell lebe er im Norden von Washington DC unter einer Brücke. Ganz in der Nähe eines McDonald's, in dem er gern frühstückt – so auch an diesem Morgen. Er sei im Umland von DC aufgewachsen, habe kurzzeitig in Texas gelebt. Rick erzählt, dass er früher einmal als Programmierer



Rick Hohensee hat große Pläne.

FOTO: FELIX BIERMAYER

und in der Baubranche gearbeitet habe. Mittlerweile sei er ein „ge-schulterter Musiker“. Er spiele auf Texas gelebt. Rick erzählt, dass er früher einmal als Programmierer

Natürlich könne man sich fragen, warum ein Obdachloser der mächtigste Mann der Welt werden sollte. Doch Rick sieht darin einen Vorteil. „Er sei komplett unabhängig. Ich könne meine Position nicht verlieren, wenn ich Angst um meinen Job oder meine Wohnung hätte“, meint Rick. Und er habe „agrotechnische Erfolge“ erzielt, zum Beispiel eine eigene Programmiersprache entwickelt. Leider habe er daraus noch keinen kommerziellen Nutzen ziehen können.

Aktuell konzentriert er sich auf seine politischen Ambitionen. Hohensee möchte einen freien Kapitalismus. Das will er durch vereinfachte Steuersätze erreichen. Die Umsatzsteuer lege dann bei 2,5 Prozent. Höhere Einkommen möchte Rick stärker besteuern, bis die USA ihre Schulden abzurufen haben. Von einem umfangreichen Sozialstaat hält er wenig, auch nicht von staatlichen Hilfen für große Unternehmen. Neben seiner Steuerpolitik will er das Geldsystem reformieren. Die Zentralkbank solle auflösen, Wertpapiere zu kau-

2. November 2024

5. November 2024

ALLE SIND EINE WELT FÜR SICH

Im „Swing State“ Arizona könnten die Latinos entscheiden, wer US-Präsident wird. Aber ist es sinnvoll, von dem „Latino Vote“ zu sprechen? Eine Spurensuche. **Von Volkan Ağar**

Auf seinem linken Arm steht „Echte Männer beten“, auf dem rechten „Der Herr ist mein Hirte“. Alex Moreno, 61 Jahre alt, bulliger Typ mit Schnurrbart, sitzt versunken in seinen Sessel mit gehäkelten Überzügen auf den Armlehnen und schaut auf den großen Flachbildfernseher, wo gerade der rechtsextreme Sender Real America's Voice läuft. „Wir danken Gott für Donald Trump. Er ist die Rolltreppe heruntergekommen und hat getan, was er versprochen hat“, sagt Alex Moreno.

Norma Moreno, 70, trägt einen Sticker auf der Brust, auf dem steht, dass sie schon gewählt hat. Sie hat an Haustüren geklopft, Schilder auf vielbefahrenen Kreuzungen aufgestellt und Menschen angerufen, um sie von Trump zu überzeugen. Und an diesem Tag hat sie ihn gewählt.

„Wir orientieren uns an unseren Werten. Auch beim Thema Abtreibung. Das ist uns sehr wichtig“, sagt Norma Moreno. Die Morenos gehören zu den über 60 Millionen Latinos, der größten Minderheit in den USA. Sie stellt 15 Prozent aller Wahlberechtigten. Besonderes Gewicht haben ihre Stimmen im Swing State Arizona.

Dieser Bundesstaat im Süden, an der Grenze zu Mexiko gelegen, wählt eigentlich republikanisch. Doch der Demokrat Joe Biden hat hier die letzte Wahl im Jahr 2020 überraschend mit einem knappen Vorsprung von 11.000 Stimmen gewonnen. Und in Arizona machen die Latinos sogar ein Viertel der Wahlberechtigten aus.

Die Latinos in den USA entscheiden sich traditionell mehrheitlich demokratisch. Trotzdem gab es immer viele Latinos, die für die Republikaner gestimmt haben. 1980 etwa konnte der Republikaner Ronald Reagan 37 Prozent ihrer Stimmen gewinnen. 2004 wählten 44 Prozent der Latinos George W. Bush – das bisher beste Ergebnis eines Republikaners. Dann kam ein Tief. Seit Trump geht es wieder aufwärts. Laut einer Umfrage der *New York Times* vom Oktober kommt er unter Latinos auf 37 Prozent. Das gilt manchen als Beleg

für einen Rechtsruck in der Latino-Community. Eine Minderheit, Nachfahren von Migranten, die einen Kandidaten unterstützt, der gegen Minderheiten und Migranten hetzt. Ein demoskopisches Kuriosum. Ein Widerspruch?

Der eigentliche Widerspruch sei, dass die Leute Trump als Rassisten bezeichneten, antwortet Estevan Manuel, ehemaliger Ringer mit entsprechender Statur, das schwarze Poloshirt ordentlich in die Hose gesteckt. „Wenn du dir seine Politik ansiehst und was er wirklich sagt, dann ist alles richtig.“ Eine von diesen ungemütlichen Wahrheiten sei die über Migranten, die Drogen in das Land brächten. „Er lügt nicht.“

Und was, wenn Trump auch ihn, Estevan Manuel, meint, wenn er von der größten Deportation der Geschichte der USA spricht? „Mir wird schon nichts passieren. Aber ich kann nicht für andere Latinos sprechen. Ich habe einen Freund, der viel mexikanischer aussieht. Der wird anders behandelt als ich. Aber so ist das eben.“ – „That's just the way it is“ – wie es schon in dem gesellschaftskritischen Rap-Klassiker „Changes“ von Tupac hieß.

Estevan Manuel, 28 Jahre alt, weiß nicht gleich, was er will, als ihn ein Starbucks-Mitarbeiter an der Stadtautobahn von Phoenix nach seinem Wunsch fragt. „Mach mir doch was mit Pumpkin Spice“, sagt er dann. Ein paar Autominuten weiter erklärt er auf seiner Veranda, auf der ein Zombie und ein Horrorclown auf Halloween warten, was es heißt, ein richtiger Mann zu sein.

„Amerika heißt stark sein. Sei verdammt noch mal ein Mann! Ich habe das Gefühl, Amerika bewegt sich weg davon. Wir brauchen jemand Starkes.“

Die Familie von Manuels Mutter lebt schon seit sechs Generationen in den USA. Sein Großvater väterlicherseits ist aus der mexikanischen Grenzstadt Nogales eingewandert. Für ihn selbst sei Mexiko heute ein Urlaubsland.

Manuel lebt mit seiner Frau, ihrem anderthalbjährigen Sohn und vier Mitbewohner:innen in einem Haus, das

**Den Republikaner
George W. Bush
haben 2004
rund 44 Prozent
der US-Latinos
gewählt.**



Das Otro Cafecito in Uptown Phoenix: Treffen von Aktiven und Interessierten, die mit Harris sympathisieren.



Parteizentrale der Republikaner in Downtown Phoenix: Die Latino Americans for Trump haben sich versammelt.

dem Vater seiner Frau gehört. Sie hätten auf ein Haus gespart, es habe ganz gut ausgesehen, dann sei die neue Regierung gekommen und die Zinsen seien hochgegangen und alles den Bach runter. Manuel hat einen College-Abschluss in Management. Er hat eine eigene Firma, die Hüpfburgen, Karaoke und anderen Partybedarf verleiht. Daneben produziert er Werbevideos. „Untere Mittelklasse“, beschreibt er seine aufgeräumte, aber ausgestorben wirkende Nachbarschaft am südlichen Stadtrand von Phoenix.

Der Staat, wie ihn sich die Demokraten vorstellten, sei für ihn nicht dagewesen, als er Hilfe gebraucht habe. Von Trump erhofft er sich, dass er Steuern für Kleinunternehmer wie ihn senkt. „Ich könnte dann Mitarbeiter einstellen, neue Hüpfburgen kaufen oder eine Popcornmaschine“, sagt er. Und ein besseres Auto erwerben.

Aber Trump, wirklich kein Rassist? „Absolut nicht!“, antwortet auch Alex Moreno, der den Fernseher jetzt gar nicht mehr beachtet, sich mit dem Sessel zum Gesprächspartner hinschiebt. „Trump ist jemand, der die amerikanischen Menschen liebt.“ Es gebe einfach so viel Hass auf den Mann. Geht es um die Demokraten, dann öffnet Alex Moreno Kamala Harris nach, und Norma Moreno steht sogar auf und geht wie Joe Biden: schwere, mechanische, unsichere Arm- und Beinbewegungen. Alex Moreno klagt, die Demokraten würden mit ihren sozialstaatlichen Maßnahmen Latinos von sich abhängig machen. Damit die Demokraten sie dann kontrollieren könnten.

Das Ehepaar Moreno glaubt an Gott. Das sieht man auch an den dekorativen Glaubensbekenntnissen in ihrer pastellfarbenen Wohnküche. „Wo Gott uns hinführt, versorgt er uns“, steht auf einem Poster. Die Morenos glauben auch daran, dass Trump die letzte Präsidentschaftswahl geklaut wurde. Und sie glauben an die Geschichte von den haitianischen Migranten, die in Ohio Haustiere essen. Vor allem glauben sie wie Manuel daran, dass es ihnen unter Trump besser gehen würde, weil es ihnen unter ihm schon einmal besser gegangen sei. „Wir sind früher oft essen gegangen“, sagt Norma Moreno.

Ihr Mann hat bis zu einem Unfall als Bus- und Limousinenfahrer gearbeitet, danach konnte er nicht mehr. Norma Moreno hat bis zur Rente Menschen in schwierigen Lebenslagen betreut. Vor ein paar Jahren seien sie aus Kalifornien nach Surprise in Arizona gezogen, weil sie sich in Kalifornien kein Haus leisten konnten. „Echtes mexikanisches Essen, das fehlt mir an Kalifornien“, sagt Alex Moreno. „Ich vermisse die Strände. Ich liebe das Meer“, sagt Norma Moreno. Sie schwärmt auch vom Meltingpot Kalifornien, sie mag die Vielfalt dort.

„Migration nur durch die Vordertür“

Beider Großeltern sind einst als Farmarbeiter aus Mexiko eingewandert. Norma Moreno holt ein gerahmtes Bild ihrer Eltern. „Ich habe kein Problem mit Migranten. Aber kommt



Norma und Axel Moreno: Mit ihren sozialstaatlichen Maßnahmen machen die Demokraten Latinos von sich abhängig.

Wie aussagefähig können Umfragen in der Latino-Community sein, wenn diese so bunt ist?

doch durch die Vordertür, damit ich weiß, wer mir ins Haus kommt!“, sagt Alex Moreno. „Sie haben es auf die legale Art gemacht“, sagt Norma Moreno über ihre Vorfahren. Und andere kämen jetzt einfach so und bekämen alles.

Die Morenos wählen schon ihr Leben lang republikanisch. Anfangs waren sie von Trump irritiert. Jetzt mögen sie ihn umso mehr. Estevan Manuel erzählt in Phoenix, dass seine Eltern schon immer demokratisch gewählt hätten, „weil sie gedacht haben, die Demokraten helfen Latinos“. Er habe auch für sie gestimmt. Dann habe er sich seine eigenen Gedanken gemacht, recherchiert und sich Trump zugewandt.

Die Wirtschaft ist laut aktuellen Umfragen das wichtigste Wahlkampfthema. Viele Menschen leiden in den USA unter hohen Lebenshaltungskosten. Und wenn auch nicht alle

gleichermaßen darunter leiden, das Thema gilt für sie als wahlentscheidend. Auch für Latinos ist die Wirtschaft, so die Meinungsforschung, das wichtigste Thema.

Doch wie aussagekräftig können Umfragen in der Latino-Community sein, wenn diese so bunt ist? Vielfältig sind die Länder, aus denen die Latinos stammen – wie auch ihre Lebensumstände in den einzelnen US-Bundesstaaten. Während manche Familien schon seit vielen Generationen in den USA leben, sind andere selbst eingewandert oder als Kinder von Einwanderern aufgewachsen.

Dass Umfrageinstitute alle möglichen Bevölkerungsgruppen auf Stimmungen hin ausleuchten, um derzeit den Ausgang dieser knappen Wahl vorherzusagen, ist noch verständlich. Aber das „Latino Vote“ ist überdies zu einer Art Projektionsfläche für rechte Aktivisten und auch für Trump geworden. Sie verbreiten Falschinformationen über Migranten aus Lateinamerika, die wählen würden, obwohl sie keine Staatsbürgerschaft hätten. Analysten befürchten, Trump

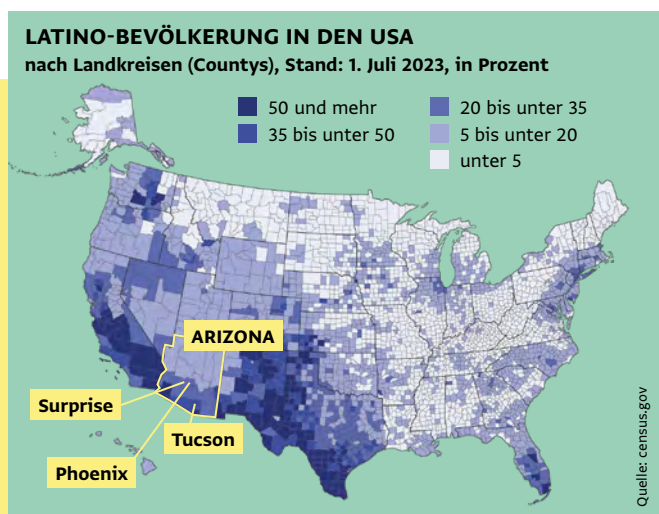
könnte seine mögliche Niederlage mit dieser Falscherzählung infrage stellen.

Und die Demokraten fragen sich wohl gerade, ob sie sich zu sehr darauf verlassen haben, dass die Latinos schon demokratisch wählen würden. Ob Kamala Harris es vielleicht doch nicht genügend geschafft hat, Menschen in ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten anzusprechen. Aber wie geht das überhaupt, wenn man sich in der Latino-Community nicht auf spanischsprachige Werbespots beschränken will?

Am letzten Tag des Hispanic Heritage Month Mitte Oktober trifft Pete Aguilar, Fraktionschef der Demokraten im Repräsentantenhaus, lokale Vertreter:innen der Latino-Community im Otro Cafecito in Uptown Phoenix. Bei Esquites, Nachos und Huevos Mexicanos erklärt er von einem Barhocker aus Gewerkschaftern und Lokalpolitiker:innen, die zu Tisch sitzen, dass Kamala Harris die Lebenshaltungskosten für „hart arbeitende Latino-Familien“ senken und ihre Rechte und Freiheiten schützen werde. Sie werde kleine Betriebe unterstützen, Wohnungen und Bildung leistbar machen.

Kein Enthusiasmus über „La Presidenta“

Hinter ihm an der Wand hängen Poster von Kamala Harris in Comic-Optik und mit der Aufschrift „La Presidenta“. Eine Frau meldet sich und erzählt, dass sie viele Jahre ohne Papiere in den USA gelebt habe und sich dafür interessiere, welche migrationspolitischen Pläne Harris habe. Aguilar wiederholt das, was Harris in den letzten Wochen immer wieder gesagt hat: ein besserer Zugang zur US-Staatsbürgerschaft bei gleichzeitiger Sicherung der Grenzen. Das Event endet mit einem Gruppenfoto. Enthusiastisch ist hier niemand. Aber zumindest gibt es Essen.



Über 60 Millionen Latinos leben in den USA. Sie stellen 15 Prozent aller Wahlberechtigten

Wie kann man die Menschen ansprechen, wenn spanischsprachige Werbespots nicht ausreichen?

Am Abend laden die Latino Americans for Trump in die Parteizentrale der Republikaner in Downtown Phoenix. Phone Banking steht an - noch so eine Eigenheit des amerikanischen Wahlkampfes: Unterstützer:innen rufen überraschend bei potenziellen Wähler:innen an. Manche Gekommenen wissen nicht so recht, was von ihnen erwartet wird. Eine

Frau versucht vergeblich, jemanden zu erreichen. Als dann doch mal jemand ans Telefon geht, berichtet sie, die Person habe sie nicht verstanden. „Ich habe aber ein paar Mal ‚Trump‘ gesagt. Das sollte doch reichen.“

Eine Event-Organisatorin trägt enthusiastisch vor, dass Trump-Shirts und -Basecaps gewinne, wer die meisten Menschen an die Strippe bekäme. Sie wirkt wie eine Lehrerin, die es eigentlich gut meint, aber etwas überfordert ist. Die Pro-Trump-Gäste reagieren erst, als der ehemalige republikanische Abgeordnete Lee Zeldin auftaucht. „Ihr tragt alle, die diese wichtigen Anrufe heute nicht tätigen, auf euren Schultern“, sagt er.

Und holt aus zu einem Best-of von Trump-Erzählungen. „No tax on tips“, sagt er dann und scheint sich darüber zu freuen, endlich etwas gefunden zu haben, womit er die Latinos im Raum gezielt bedienen kann. Keine Steuern mehr auf Trinkgeld! Das sei ein Versprechen an die Latino-Community. Viele Latinos würden ja im Dienstleistungsbereich arbeiten. Als der Vortrag beendet ist, gibt es ein Gruppenfoto. Und Pizza.

Lydia Guzmán, von der League of United Latin American Citizens, der ältesten Bürgerrechtsorganisation der Latinos in den USA, erklärt wenig später im Video-Interview, dass es bei dieser Wahl auch darum gehe, die Latinos zu erreichen, die nicht wählen gehen. Bei der Wahl 2020 haben nur etwas mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Latinos gewählt.

Vielleicht helfen da Stars. Barack Obama soll in Tucson auftreten, der zweitgrößten Stadt von Arizona, zweieinhalb Autostunden südlich von Phoenix, in der fast die Hälfte der Einwohner:innen Latinos sind.

Nein, er wisse nicht, wer heute in seiner Stadt auftrete, antwortet Yannie, 24 und ein bisschen genervt, auf dem Parkplatz vom El Super. Der lateinamerikanische Supermarkt erinnert mit seinem pompösen Angebot an Lebensmitteln aus der alten Heimat und mit den Großaufnahmen von rohem Fleisch an die großen türkischen Supermärkte einer deutschen Metropole.

Yannie macht gerade Pause, er arbeitet im Lager. Nach einer Frau, die nicht wählen darf, weil sie im Gefängnis war, und einer anderen, die nicht wählen darf, weil sie keine Staatsbürgerin ist, ist Yannie der erste Wahlberechtigte in Tucson, der Fragen beantworten will.

Er wisse noch nicht, wen er wählen wolle, er müsse sich noch schlaumachen. Er sagt, Frauen sollten selbst über ihren Körper bestimmen. „Trump spricht nicht wie ein Politiker“, sagt Yannie aber auch. Das gefalle ihm. Und: „An manchen Orten hier in Tucson werde ich angemacht, wenn ich Spanisch spreche.“ Er ist Sohn mexikanischer Einwanderer.

Ein paar Kilometer weiter stehen Melia, 18, und Jazlin, 16, in der Schlange vor der Sporthalle der University of Arizona. Die Schlange ist sehr lang, atmosphärisch reicht sie an die vor einer Bioeisdiele in hippen deutschen Großstadtkiezen heran. Viele gut aussehende und gut angezogene junge Menschen, eher semidivers, dafür aber total gut drauf.

Latina sein – kein Thema im Alltag

Dazu passen die Obama-Shirts mit dem Slogan „Hope“, die zwei Wartende tragen. Sie wirken wie aus einer anderen Zeit. Warum sind Melia und Jazlin heute hier? „Um Obama zu sehen!“ Melias Vorfahren kamen „vor vielen, vielen Generationen“ aus Puerto Rico, Jazlins Mutter ist aus Mexiko eingewandert. Beide sind in Arizona geboren. Und ist das Latina-Sein ein Thema in ihrem Alltag? Gar nicht. Und Rassismus? Auch nicht. Dann eilen sie davon, sie wollen endlich in die Halle, „zu Obama!“.

Monique Luiz, 32, ist gekommen, weil ihr das Thema reproduktive Rechte wichtig ist. Sie erzählt, dass sie Latina ohne Migrationsgeschichte sei. „Wir haben uns nicht bewegt, die Grenze hat sich über uns bewegt“, habe ihre Urgroßmutter immer gesagt. Arizona wurde erst Mitte des 19. Jahrhunderts Teil der USA. Als sie ihre Geschichte erzählt, muss sie kurz mit den Tränen kämpfen. Sie sei in der Highschool schwanger geworden, aber in keiner guten Situation gewesen, um ein Kind zu bekommen. Jetzt habe sie einen siebenmonatigen Sohn mit demselben Mann. „Heute sind wir finanziell stabil“, sagt die Immobilienmaklerin. „Wenn wir diese Rechte vor 15 Jahren nicht gehabt hätten, wären wir heute nicht die, die wir sind.“

In der vollen Halle kommt Tucsons Bürgermeisterin Regina Romero auf die Bühne, Kind mexikanischer Migranten. Dann Ruben Gallego, der in Arizona für den Senat kandidiert, Kind einer Kolumbianerin und eines Mexikaners. Was für eine Vorlage, um mit einer persönlichen Geschichte das Latino Vote zu mobilisieren. Doch nein. Mehr als ein „Muchas gracias“ oder ein „Cuando luchamos, ganamos“ (Wenn wir kämpfen, gewinnen wir) kommt da nicht.

Obama – Jubel und Routine

Als endlich Barack Obama die Bühne betritt, ist die Halle außer Rand und Band und das Thema Identität eigentlich unvermeidbar. Der erste schwarze Präsident der USA! Aber Obama macht lieber Witze über Trumps Bibel aus China. Und hält eine seiner typischen Reden in gewohnter Perfektion, in der weder Identität noch die Latinos wirklich ein Thema sind. Nur ein Plakat, das man sich nach der Rede draußen an einem Stand kaufen kann, richtet sich an die Zielgruppe: „Chinga Tu MAGA. No Mas Naranja“ – „Fick dein MAGA. Nie wieder Orange“.

Wann ist Identität überhaupt wichtig? Und wann nicht – weil anderes wichtiger ist? „Bürgerrechte, Wohnen,



Estevan Manuel: „Amerika heißt stark sein. Sei verdammt noch mal ein Mann!“

**Nicht Identität,
sondern Bürgerrechte,
Wohnen,
Gesundheit, Bildung
und Klima sind
das Thema.**

Gesundheit, Bildung und Klima“, zählt Bürgerrechtlerin Lydia Guzmán auf. „Das sind eigentlich Themen, die für alle Amerikaner wichtig sind. Aber für Latinos sind sie noch wichtiger, weil sie in diesen Bereichen sehr lange benachteiligt wurden.“

„Wenn die Demokraten die Identitätskarte spielen, dann bin ich raus“, sagt Norma Moreno „Ich kann das wirklich gar nicht haben.“

„Lange hatten wir das Gefühl, dass unsere Stimme nicht zählt. Jetzt wird unsere Stimme diese Wahl entscheiden“, freut sich Monique Luiz in Tucson über die Aufmerksamkeit für das Latino Vote.

„Ich bin Amerikaner!“, antwortet Estevan Manuel etwas pikiert auf die Frage, ob er sich als mexikanisch-amerikanisch bezeichnen würde. „Die Wei-

ßen haben doch auch Vorfahren aus anderen Ländern. Die nennen sich auch nicht amerikanisch-europäisch.“

Dann erzählt er, dass er in die Politik gehen wolle und angefangen habe, Spanisch zu lernen. „Wenn ich die Latino-Community überzeugen will, aber kein Spanisch kann, dann denken die ja, ich bin irgend so ein weißgewaschener Mexikaner.“

Möglicherweise lassen sich die Dinge doch nicht so fein säuberlich trennen.

Erschienen in der taz vom 4. November 2024. Nachtrag: US-weit gingen am 5. November 56 Prozent des „Latino Vote“ an Kamala Harris und 42 Prozent an Donald Trump. Das Ergebnis für Arizona lag fast prozentgenau gleich. Im Vergleich der Präsidentschaftswahlen 2024 und 2020 stimmten US-weit 2 Prozent mehr schwarze Männer für Trump, 1 Prozent weniger weiße Männer und je 2 Prozent weniger schwarze und weiße Frauen. Vollkommen anders: Bei männlichen Latinos waren es 18 Prozent mehr, bei weiblichen 9.

MIT DER SWASTIKA ZUM MEDIENIMPERIUM

Die Zeitung „The Epoch Times“ mit Hauptsitz in New York City ist eng mit der in China verbotenen religiös-spirituellen Bewegung Falun Gong verflochten. Früher war der Niedergang der Kommunistischen Partei Chinas ein Schwerpunkt der Zeitung, in den vergangenen Jahren hat sie sich als Unterstützerin Donald Trumps hervorgetan. Trotz Vorwürfen der Verwicklung in ein kriminelles Geldwäschesystem expandiert das widersprüchliche Medienunternehmen.

Von Margit Hildebrandt



Fotos dieses Beitrags: Margit Hildebrandt

Selbstbedienungsautomat in Manhattan mit der chinesischen Ausgabe der „Epoch Times“

Da könne sie nichts machen, sagt die Frau an der Rezeption im fünften Stock des unscheinbaren Hauses in der 28th Street im Stadtteil Chelsea in Manhattan kurz angebunden und mit chinesischem Akzent. Einen Interviewtermin bekomme man per E-Mail-Anfrage, einfach durchgehen in die Redaktionsräume für ein kurzes Gespräch ginge nicht. „Sind Sie Praktizierende?“, fragt sie dann allerdings noch; es klingt, als könnte das etwas an ihrer Abweisung ändern. Nach der Verneinung verliert sie jegliches Interesse an dem überraschenden Besuch und führt ihr zuvor unterbrochenes Telefongespräch auf Chinesisch weiter.

Mehr als eine automatisierte Eingangsbestätigung erhält man auf die Anfrage über das Kontaktformular der Website jedoch nicht, weitere Versuche der Kontaktaufnahme über Leute, die mit Angestellten der Zeitung im Austausch stehen, scheitern ebenfalls. Die Zeitung *The Epoch Times* ist dafür bekannt, kaum auf Presseanfragen einzugehen. Sie wurde 2000 von John Tang und anderen Anhängern der chinesischen religiösen Bewegung Falun Gong in New York City gegründet, um über Menschenrechtsverletzungen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu berichten und „In-

formationen für chinesische Communitys bereitzustellen, um Einwanderern bei der Integration in die amerikanische Gesellschaft zu helfen“. Das Personal bestand hauptsächlich aus unbezahlten Freiwilligen.

Mittlerweile dringt wenig aus Falun Gong und der *Epoch Times* nach außen, was nicht autorisiert ist. Die Bewegung „hat schlechte Erfahrung mit der Presse gemacht“, sagt der Historiker David Ownby der *Jungle World*, dessen Forschungsschwerpunkt die Religionsgeschichte Chinas ist und der vor 20 Jahren mit Falun-Gong-Anhängern gesprochen hat, als die *Epoch Times* noch eine kleine, kostenlose Zeitung war. „Damals war es noch nicht schwer, ins Gespräch zu kommen.“ Heutzutage gilt das Blatt als treuer Unterstützer des designierten Präsidenten Donald Trump.

Ein großer Teil der Inhalte der *Epoch Times* besteht aus Tatsachenberichten, die oft von Nachrichtenagenturen stammen. Daneben finden sich Meinungsstücke, Fehlinformationen und Verschwörungserzählungen über den Klimawandel oder die Demokratische Partei, Lifestyle-Geschichten und Gesundheitsthemen, Kriminalität sowie Falun Gong. Zuerst erschien die *Epoch Times* nur auf Chinesisch, seit 2003 auch



Falun Gongs Medienzentrum Gan Jing World (links) und das Hauptquartier Dragon Springs - verschlossene Welten



auf Englisch. Sie wird in 35 Ländern verkauft oder kostenlos verteilt, ist in 21 Sprachen online erhältlich, unter anderem in Deutschland auch als gedruckte Ausgabe. Mit dem ersten Präsidentschaftswahlkampf Trumps ab 2015 und während der Covid-19-Pandemie wurde die Epoch Media Group zu einer gewichtigen Stimme der Rechten; zu ihr gehören die Zeitungen *Vision Times*, *American Essence*, das Radionetzwerk Sound of Hope, der Fernsehsender New Tang Dynasty Television (NTD) und das Videoportal Gang Jin World. Der *New York Times* zufolge wurde das Medienunternehmen auf einer Kombination aus viralen Fehlinformationen, Algorithmusmanipulationen wie der Verwendung von Bots zur Fälschung von Likes und Shares auf Facebook sowie aggressivem Fundraising bei erzkonservativen Spendern aufgebaut.

Im Juni machte die *Epoch Times* selbst Schlagzeilen: Die Staatsanwaltschaft in New York City klagte den Finanzplaner der Organisation, Weidong „Bill“ Guan, an, 67 Millionen US-Dollar gewaschen zu haben. Der Anklageschrift zufolge erwarb Guan mittels Kryptowährungen günstig Erlöse aus Straftaten, darunter betrügerisch erlangte Leistungen der Arbeitslosenversicherung, und überwies das Geld auf Bankkonten von Epoch Media, oft über Konten, die mit gestohlenen Identifikationsdaten erstellt worden waren. Als die Banken Guan zu der hohen Anzahl von Transaktionen befragten, habe er behauptet, dass die Gelder auf vermehrte Abonnements und Spenden zurückzuführen seien. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm 20 Jahre Gefängnis für den Vorwurf der Geldwäsche und 30 Jahre wegen Bankbetrugs. Guan plädierte auf nicht schuldig, kam gegen Kautionsfrei und wurde von der *Epoch Times* suspendiert. Im Zuge dessen trat John Tang von seinem langjährigen Posten als Geschäftsführer zurück.

Die *Epoch Times* betont auf ihrer US-Website und auf Social Media, dass sie zu den „aufrichtigen Medien“ zähle, „die der Welt wahrheitsgemäßen, unzensierten Journalismus bieten“, und zwar „ohne Einflussnahme durch Regierungen, Unternehmen oder politische Parteien“; „Pressefreiheit und Menschlichkeit“ seien ihre „Grundlage“. Sie spielt die Verbindung zu Falun Gong herunter, sieht aber gleichzeitig die Verfolgung von deren Anhängern durch die KPCh als eines der

„am wenigsten dokumentierten Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte“ an. Nach der Anklage Guans gab das Falun-Dafa-Informationszentrum eine Pressemitteilung heraus, in der die Trennung zwischen Falun Gong und der *Epoch Times* betont wurde. Die dennoch offensichtlich enge Verbindung der Zeitung zur Falun-Gong-Bewegung hat bis heute Einfluss auf ihre redaktionelle Ausrichtung und ihre strategischen Ziele.

Falun Gong, auch Falun Dafa genannt, entstand 1992 aus den mystischen Lehren von Li Hongzhi und setzt sich aus buddhistischen und taoistischen Elementen und der traditionellen Meditations- und Atemübungsmethode Qigong zusammen. Die chinesischen Behörden gingen nach den gewaltsam beendeten regimekritischen Protesten auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 hart gegen etliche religiöse und Qigong-Gruppen vor. Falun Gong wurde 1999 offiziell als „böser Kult“ denunziert und verboten. Zuvor hatten sich Tausende Praktizierende im Pekinger Quartier Zhongnanhai versammelt, in dem sich die Gebäude der Führungsgremien der KPCh befinden, um gegen ihrer Ansicht nach verleumdende Berichte in den staatlichen Medien zu demonstrieren; es war der größte Massenprotest in China seit dem auf dem Tiananmen-Platz.

Zu dieser Zeit gab Falun Gong an, 70 Millionen Anhänger in China zu haben. Auch wenn die Gruppe keine politischen Ziele außer ihrer staatlichen Anerkennung hatte, waren Parteiführung und Regierung alarmiert darüber, dass sie so viele Anhänger anzog. Man begann, Falun Gong als Bedrohung der nationalen Sicherheit zu betrachten, ihre Anhänger und Anführer landesweit zu verfolgen und in Arbeitslagern zu inhaftieren. Seit dieser Zeit erhoben ehemalige Gefangene und Menschenrechtsorganisationen den Vorwurf, dass die Zehntausenden Gefangenen heftigen Misshandlungen ausgesetzt seien, vor allem diejenigen, die sich weigerten, ihrem Glauben abzuschwören. Mindestens 2 000 Menschen starben in der Haft.

Die fortgesetzte Kampagne der KPCh gegen sie hat viele der Falun-Gong-Anhänger politisch radikalisiert, vor allem diejenigen, die außerhalb Chinas leben. Sie werfen China den Handel mit gewaltsam entnommenen menschlichen Organen vor und zeigen Bilder mit nachgestellten Folterprak-

tiken. Dem China-Tribunal zufolge, einer internationalen Vereinigung von Menschenrechtsanwälten, gebe es trotz eines Verbots Transplantationstourismus nach China; offiziell werden zwar seit 2015 keine Organe von Hingerichteten mehr transplantiert, die große Menge an Transplantaten sei aber anders nicht zu erklären. Die Opfer des systematischen Organraubs sind demnach inhaftierte Uiguren, Tibeter und Falun-Gong-Anhänger. Das US-Repräsentantenhaus hat im Juni einen Entwurf für ein „Falun-Gong-Schutzgesetz“ angenommen, das sich auf die Bekämpfung des Organraubs in China konzentriert. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Senats.

Li Hongzhi ging noch vor Beginn der systematischen Verfolgung ins Exil und lebt seit 1998 in den USA. Viele seiner Anhänger sind ebenfalls in die USA geflüchtet. In der Kleinstadt Deerpark im Bundesstaat New York befindet sich Dragon Springs, das 400 Hektar große Hauptquartier der Falun-Gong-Bewegung und des dazugehörigen international erfolgreichen Tanzensembles Shen Yun Performing Arts. Innerhalb des abgeschotteten Anwesens mitten im Wald stehen Schulen, die in klassischem chinesischem Tanz ausbilden, buddhistische Tempel im Stil der Tang-Dynastie, ein Waisenhaus und Wohngebäude für Hunderte von Falun-Gong-Anhängern. Ende November berichtete die *New York Times* über die Klage einer ehemaligen Shen-Yun-Tänzerin, in der sie das Tanzensemble als „Zwangsarbeitsunternehmen“ bezeichnet und ihre Anführer beschuldigt, minderjährige Tänzer für wenig Lohn, stattdessen durch Drohungen und öffentliche Beschämung auszubeuten, um Hunderte von Millionen Dollar an Einnahmen zu erzielen.

Der Zugang zum Gelände ist streng bewacht und nur Mitgliedern und eingeladenen Gästen gestattet. Die Öffentlichkeit hat normalerweise keinen Zutritt. Eine Stippvisite der *Jungle World* im Oktober verriet bloß, dass zwei Schäferhunde bereits wild zu bellen anfangen und an ihren Ketten zerren, wenn sich spontaner Besuch mit deutlichem Abstand zum Eingangstor die Einfahrt anschaut. Ein Pförtner kommt ebenfalls angerannt und ruft dabei in ein Walkie-Talkie. Zu einem längeren Gespräch war er nicht bereit, nur zur Aussage, dass die beiden hier im Wald unerwarteten Löwenstatuen am Eingang in der „traditionellen chinesischen Kultur“ für Stärke stehen und das Gebäude sowie seine Bewohner schützen sollen.



Ein Café in Middleton führt die „Epoch Times“. Das Geschäft und die Rösterei gehören den Zeitungsgründern.

Für seine Anhänger ist Li eine gottähnliche Figur, die schweben, durch Wände gehen und in die Zukunft sehen kann. Der Glaube, dass die Befolgung der Falun-Gong-Lehre (und nicht etwa die Medizin) Krankheiten verhindern kann, ist in der Bewegung weitverbreitet. Sie war von Anfang an konservativ ausgerichtet. Li warb für eine Rückkehr zu traditionellen Moralvorstellungen, warnte vor unkontrolliertem wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt, deutete an, dass selbst im Paradies „Rassentrennung“ herrsche, weswegen es mehrere Paradiese gebe, und verurteilte Homosexualität. Er hat in seinen Schriften und seltenen Interviews geäußert, dass es Humanoide gebe, die auf dem Boden der Ozeane leben, dass er übernatürliche Fähigkeiten besitze, Katastrophen voraussagen könne und seine Mission die Rettung der Menschheit sei. 2009 besuchte er mit einer klaren Richtlinie für dort arbeitende Falun-Gong-Anhänger die *Epoch-Times*-Büros in Manhattan: Die von Dafa-Jüngern betriebenen Medien müssten zu „normalen Medien in der gewöhnlichen Gesellschaft“ werden.

Trotz dieser konservativen bis paranoiden Vorgaben hat sich die *Epoch Times* lange Zeit aus der Parteipolitik der USA herausgehalten. Das änderte sich mit Donald Trumps erster Präsidentschaftskandidatur und seiner chinafeindlichen Rhetorik. „Wir können nicht weiter zulassen, dass China unser Land vergewaltigt“, sagte er beispielsweise 2016 auf einer Wahlkampfveranstaltung. „Wir werden das Blatt wenden, und wir haben die Karten in der Hand. Wir haben eine Menge Macht in Hinsicht auf China.“ In ihm sah Falun Gong einen Verbündeten und Retter in ihrem antikommunistischen Kampf gegen die chinesische Regierung. Wie ein ehemaliger Redakteur der *Epoch Times* der *New York Times* sagte, sehen die Anführer der Gruppe Trump als eine Art vom Himmel geschickten „Messias, der das Ende der Kommunistischen Partei Chinas herbeiführen werde“.

Im Jahr 2017 skizzierte die Leitung der *Epoch Times* in einem internen Schreiben an die Mitarbeiter, dass ihre Strategie auf Facebook dazu beitragen könnte, ein weltweit führendes Medium zu werden und gleichzeitig Millionen von Menschen mit den Lehren Falun Gongs vertraut zu machen. Daraufhin verbreitete das Medienunternehmen auf Dutzenden Facebook-Seiten Clickbait, Wohlfühlvideos und Verschwörungstheorien. Im Jahr 2020 hatten diese Seiten über 50 Millionen Follower. Die *New York Times* hielt fest, dass die *Epoch Times* eine starke politische Schlagseite entwickelt habe und eine „globale Desinformationsmaschine“ sei, die rechtsgerichtete und randständige Erzählungen in den Mainstream bringe. Zu den Taktiken gehörte Facebook-Werbung in großem Stil, vor den US-Wahlen eine aggressive Pro-Trump-Anzeigenkampagne. NBC News zufolge hatte die *Epoch Times* 2019 in nur sechs Monaten 1,5 Millionen Dollar für über 11.000 Trump-Anzeigen ausgegeben, mehr als jede andere Organisation außer der republikanischen Wahlkampfleitung selbst. Später löschte Facebook über 600 gefälschte Konten, die mit der Epoch Media Group verbunden waren, und verbot dieser weitere Werbung.

Die Strategie zahlte sich trotzdem aus. Die *Epoch Times* rühmt sich selbst, gemessen an der Abonnentenzahl

die viertgrößte Zeitung des Landes zu sein; überprüfbar ist diese Behauptung nicht. Jedenfalls hat das gemeinnützige, steuerbefreite Medienunternehmen ein enormes Vermögen angehäuft: Der investigativen Nachrichtenorganisation Pro Publica zufolge hat es die Einnahmen von 15,5 Millionen US-Dollar 2019 um 725 Prozent auf 128 Millionen im Jahr 2022 gesteigert. Das mutmaßliche Betrugssystem Guans und seiner Mitverschwörer hatte laut Justizministerium 2020 seinen Anfang genommen - während des sprunghaften Anstiegs der Einnahmen.

Auch die Covid-19-Pandemie hat der *Epoch Times* zum Aufstieg verholfen. Der gemeinnützigen New Yorker Nachrichtenorganisation Coda Media zufolge ist sie zu einer wichtigen Informationsquelle für Covid-Skeptiker und Antiimpfbewegungen in mehreren Ländern geworden, darunter Italien, Spanien und Frankreich (*Jungle World* 35/2021). In der deutschen Ausgabe hätten sich demnach Artikel gehäuft, die Verschwörungstheorien und Fehlinformationen über das „KPCh-Virus“ verbreiteten, das in einem chinesischen Militärlabor entwickelt worden sei. Die Anti-Lockdown-Gruppe „Querdenken“ und die QAnon-Telegram-Gruppe „Qlobal-Change“ hätten oft auf Artikel der *Epoch Times* verlinkt (*Jungle World* 42/2024).

In Europa steht die Entwicklung der *Epoch Times* nach rechts auch mit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 in Zusammenhang, als Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Nordafrika in die EU-Länder einwanderten. Zu diesem Zeitpunkt verzeichnete die deutsche Ausgabe Coda zufolge einen steilen Anstieg des Internetverkehrs, der mit der Berichterstattung über Pegida und häufigen Interviews mit der aufstrebenden AfD zusammenfiel. „Journalismus ohne Agenda“ ist der Werbeslogan der deutschen *Epoch Times*.

In den USA haben Publikationen, Sendungen und Kanäle aus dem Haus der *Epoch Times* QAnon-Propaganda sowie verdrehte Behauptungen über Wahlbetrug und den Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 verbreitet. Vor der diesjährigen Präsidentschaftswahl im November kommentierte der ehemalige Sicherheitsberater in Trumps Regierung, Kash Patel, in den Nachrichten von NTD Television die Verurteilung Trumps im Zusammenhang mit Schweigegeldzahlungen am 30. Mai, wonach das Justizsystem gegen ihn „manipuliert“ worden sei, um in die Wahl „einzugreifen“. Von 2021 bis 2023 moderierte ebendieser Patel die wöchentliche Talkshow „Kash’s Corner“ auf Epoch TV, dem Streaming-Dienst der *Epoch Times*, in der er mit seinem Co-Moderator, dem *Epoch-Times*-Redakteur Jan Jekielek, über Fehlverhalten des FBI, Wahlbetrug und den „tiefen Staat“ plauderte. Patel trat auch in anderen Sendungen auf und produzierte Inhalte für den Sender, einschließlich einer Dokumentation über den Sturm aufs Kapitol. Vor drei Wochen bestimmte Trump ihn zum neuen Direktor des FBI.

Selbst die Sprunghaftigkeit von Donald Trumps China-Rhetorik - er hat Präsident Xi Jinping sogar als „guten Freund“ bezeichnet und sich zustimmend über Chinas hartes Durchgreifen in Xinjiang und Hongkong geäußert - hat die redaktionelle Ausrichtung der *Epoch Times* nicht beeindruckt; *The Diplomat* zufolge deutet das darauf hin, dass

die Verbindung der Zeitung mit der extremen Rechten der Republikanischen Partei inzwischen so eng ist, dass selbst Abstufungen in der Abneigung gegen die KPCh hingenommen werden. Der Impfgegner und von Trump als Gesundheitsminister vorgesehene Robert F. Kennedy Jr. bezeichnete NBC News zufolge die *Epoch Times* als tägliche Lektüre und vertrauenswürdige Nachrichtenquelle. Trotz „Voreingenommenheit gegenüber China“ sei es „echter Journalismus“.

Nebenbei breitet Falun Gong sich langsam im nur 16 Kilometer von Deerpark entfernten Middletown aus. Das Nachrichtengeschäft scheint nicht genug zu sein. Über verschiedene Unternehmensezweige hat die Bewegung in der 30.000-Einwohner-Stadt Immobilien im Wert von über 18 Millionen Dollar erworben; wie Bürgermeister Joseph DeStefano dem *New York Magazine* sagte, „um Gebäude zu renovieren, die vom Staat New York aufgegeben wurden und an denen sonst niemand interessiert war“. Die Stadt verkaufte ein ehemaliges Gemeindezentrum, das nun als Aufnahme-studio des Radiosenders Sound of Hope dient. Der Hauptsitz von Gang Jing World befindet sich in der Nähe des Rathauses. Das Videoportal, das übersetzt „Saubere Welt“ heißt, ist für seine *wholesome* Inhalte bekannt, die frei von Gewalt, Pornografie, Kriminalität und Drogen sind - und oft ohne die Zustimmung des ursprünglichen Erstellers aus Youtube übernommen werden.

Bei einem Besuch der *Jungle World* in der Stadt Ende Oktober fielen denn auch die ungewöhnlich vielen chinesischen Läden auf: ein großer Supermarkt, daneben ein chinesischer Frisörsalon, mehrere chinesische oder taiwanische Restaurants. Im unscheinbaren Dayes Coffee Roasters liegen die *Epoch Times* und die *American Essence* aus. Das Café gehört Universal Communications Network und die dazugehörige Rösterei World Fortunes, beides Firmen von Guan und Tang.

Direkt gegenüber liegt der im November 2023 eröffnete große und schicke Laden New Middletown, der teuren Shen-Yun-Merchandise anbietet. Auf dem Großteil der Produkte prangt das Logo von Falun Gong: eine spiegelverkehrte Swastika mit Yin-und-Yang-Zeichen. Eine Goldkette mit solch einem Anhänger für 1.725 Dollar ist in einem Glaskasten ausgestellt. Die Verkäuferin lacht auf die Frage, was das Hakenkreuz auf den Produkten soll. Das sei eine umgedrehte Swastika und in der „traditionellen chinesischen Kultur“ und ihren „über 30.000 Religionen“ ein Glückssymbol. Gleichwohl würden Juden, die den Laden besuchen, ständig wütend darüber, sie müsse ihnen das immer erklären.

Regale mit Falun-Gong-Literatur säumen die Treppe, über die man zu einer Art aufgeräumtem Flohmarkt in der oberen Etage gelangt. Dieser bietet eine Auswahl an meist aus Ostasien importierten Lebensmitteln, Küchengeräten, Schreibwaren und Accessoires, aber auch Barfußschuhe und Messer aus Deutschland. Produkte aus China würden sie vermeiden, so gut das eben gehe, erzählt die Verkäuferin. In Manhattan solle ein ähnlicher Laden eröffnet werden. Ihre Kollegin verhindert ein weiteres Gespräch, nachdem ihre Frage verneint wurde: „Ist sie eine Praktizierende?“ Die neugierige Kundschaft komplimentiert sie daraufhin freundlich hinaus.

Erschienen in der „*Jungle World*“ 51/52 am 19. Dezember 2024



Moritz Fehrle
Freier, Hamburg

Johanna Hintermeier
feste Freie, Bayerischer
Rundfunk, München

Julia Belzig
Freie, Berlin

Volkan Açar Redakteur,
die tageszeitung, Berlin

Felix Biermayer
Freier, Calw

Dietlind Lerner
Programmchefin USA der
Daniel-Haufler-Stipendien

**Charlotte
Lüder**
Redakteurin,
Der Spiegel,
Hamburg

**Noelia
Sanchez
Barón**
feste Freie,
Stern online,
Gladbeck

**Theresa
Crysmann**
Redakteurin,
Tagesspiegel
Background,
Berlin

Margit Hildebrandt
Redakteurin,
Jungle World, Berlin



bit.ly/49YRyK9

bit.ly/4j50OR5

Die Gruppe im berühmten Tiny Desk Studio des National Public Radio, Washington, D. C. Während des Besuchs gab die Popmusikerin Dua Lipa mit Band hier ein Konzert.

LESSONS LEARNED

Persönliche Eindrücke der Fellows 2024



Foto: Charlotte Lüder

„Ich wusste, dass es einen **Gruppenteil** mit Programm und einen **Solo-Rechercheteil** gibt und das hat mir gereicht, um mich wie blöd über das Stipendium zu freuen.“

„Mir hat es **am ersten Tag** in Washington sehr geholfen zu sehen, dass die anderen auch noch keine komplett fertig geplanten Rechercheprojekte in der Tasche hatten.“

„Ich hatte nicht immer das Gefühl, dass ich **Informationen verarbeiten** konnte, und schon saßen wir im nächsten Meeting. Gleichzeitig möchte ich die-

sen Umfang des Programms auch nicht missen. Oft saßen wir abends zusammen und haben den Tag **Revue passieren** lassen. Das hat geholfen.“

„... lieber viel Programm und man zieht sich mal **freiwillig raus**, als weniger zu planen und so spannende Gesprächspartner*innen zu verpassen ...“

„Die Gruppe hat **gut zusammengepasst**. Ich weiß nicht, ob ihr das bei der Zusammenstellung der Stipendiaten berücksichtigt habt, aber das ist euch sehr gut gelungen!“

„Alles war natürlich **extrem teuer**, auch wenn man versucht hat zu sparen.“

„Transport bestand hauptsächlich aus **Laufen, was gut war**. Ich hatte aber ziemlich bald Blasen, die bis zum letzten Tag nicht weggegangen sind ...“

„Ich war **sehr positiv überrascht**, wie offen und freundlich die Leute mir gegenüber auch im tiefsten Trumpland waren. Ich glaube, es hat sehr geholfen, dass ich mich bemüht habe, vorher Kontakte herzustellen (*I got your number from XY*, *YZ said I could write you*) und nicht einfach aufgetaucht bin.“

„**Waldbrände** haben einen Besuch bei einer Mine verhindert. Also: Extremwetterlage vor Ort auschecken.“

„... **wahnsinnig anstrengend**, dass richtig viele nicht ‚on the record‘ reden wollen.“

„Texas ist einfach insgesamt **unangenehm**. Es war auch nervig, dort keinen ÖPNV zu haben. Das alles sind aber Dinge, die niemand ändern kann und die mir auch vorher schon klar waren. Ich habe vorher eigentlich schon recht viel recherchiert und organisiert und stand in Kontakt mit meinen Protagonisten. Ich komme gut mit Situationen klar, in denen ich auf mich alleine gestellt bin.“

„Ich konnte **mir beweisen**, dass ich auch unter konstant hohem Stress und



Foto: Charlotte Lüder

Zeitdruck, schwanger und im Ausland verlässlich abliefern kann.“

„Ich war nach der Zeit in DC und NY **sehr platt**.“

„Für mich war es eine einzigartige Erfahrung, die ich immer noch **sacken lassen** muss, im Arbeitsumfeld war das Interesse an der Reise groß!“

„Es wurde im Umfeld **wohlwollend** zur Kenntnis genommen. Für mich selbst hat es sehr viel gebracht.“

„... ich glaube es hat mir als junge Journalistin, die kein Volontariat beim BR und keine Journalistenschule absolviert hat, **Respekt verschafft**.“

„Meine Vorgesetzten haben **eine weitere Seite** meiner Fähigkeiten sehen können, die im Arbeitsalltag kaum eine Rolle spielt.“

„Was für ein großartiges Stipendium. **I had the time of my life**. Es war halt unfassbar stressig, aber das war mir auch schon vorher klar.“

„**Neue Motivation** für den doch oft anstrengenden Beruf der Journalistin.“

„Dankbarkeit zu lernen, dass Netzwerken nicht zwingend unangenehm sein muss, sondern auch heißen kann, langjährige **Freunde mit dem gleichen Beruf** zu finden.“



Foto: Charlotte Lüder



Foto: Dietlind Lerner



Foto: Charlotte Lüder

„Möglichkeit, mich mal wieder in anderen Textformaten **auszutoben!**“

„Es war definitiv eines der Highlights meiner bisherigen journalistischen Laufbahn. Ich konnte eine Recherche umsetzen, die ich ohne Stipendium nie angegangen wäre und durch die ich

auf jeden Fall noch einmal viel gelernt habe in meiner Arbeit und meinem **Selbstverständnis als Journalist**. Und ich bin jeden Tag total fertig, aber glücklich wegen der vielen Eindrücke und der tollen Menschen um mich herum ins Bett gefallen.“

„Ich habe sehr viel gelernt auf der Reise, über die USA, **über unseren Beruf**, über mich selbst.“

„... neue Motivation und **Stolz** über meine Berufswahl ...“

„Einblicke, wie andere Medien Journalismus in Zukunft gestalten wollen und **neue Wege gehen**, ob technisch oder mit community-based Ansätzen ...“

„Ich werde niemals dieses Stipendium bekommen.‘ Das waren meine Gedanken, als ich mich im Frühjahr eine Woche lang **zu Hause einsperrte**, um meine Bewerbung für das Daniel-Hauffer-Fellowship zu schreiben. Sieben Monate später ging es nach Amerika ... Trip nach Washington und New York, Treffen mit Journalist:innen von der New York Times, Washington Post und von NPR. So viele Eindrücke, Insights und Gespräche „on“ und „off the record“. Als Arbeiterkind, als eine Person, die nicht in einer Akademiker-, geschweige denn **Journalisten-Bubble**, aufgewachsen ist, bin ich unheimlich dankbar für diese Erfahrungen. Und vor allem für die inspirierenden Menschen und Fellows, die ich auf dieser Reise kennenlernen durfte.“



Foto: Charlotte Lüder

Päonienblüte in Washington,
März 2023. Foto: Dietmar Bartz

**In the hills of mystery
In the foggy web of destiny
You can have what's left of me
Where we were born in time**

Bob Dylan

IN MEMORIAM DANIEL HAUFLER

Er war klug, ohne anzugeben, und der beste Leser, den man sich vorstellen kann. Zum Tod des früheren taz-Redakteurs Daniel Haufler. **Ein Nachruf von Stefan Reinecke und Eberhard Seidel**



DER MANN FÜRS FEINE

JournalistInnen neigen berufsbedingt dazu, sich wichtiger zu nehmen, als sie sind. Ihr Metier ist ja die Erregung von Aufmerksamkeit. Dass der eigene Name dauernd in der Zeitung steht, macht die Anfälligkeit für Selbstüberschätzungen nicht kleiner.

Wir kennen keinen Redakteur, dem dieses Spiel so fern war wie Daniel Haufler. Er war belesen und gescheit, hatte ein sicheres Urteil und hohe Anforderungen an Stil und Stimmigkeit von Texten. Niemand sonst konnte das Wort „Tageszeitungsjournalismus“ mit so lässig hingehauchter Geringschätzung aussprechen.

Er war unser Nachfolger als Redakteur der Meinungsseite der taz, neun Jahre lang bis 2008. Wenn Kommentare argumentative Sprünge hatten, sezierte er die mit leiser Stimme und in moderatem, zugewandtem Ton, der die schneidende Präzision seiner Argumente freundlicherweise in Watte hüllte. Er verteilte seine Freundlichkeit demokratisch, fast ohne Ansehen von wichtig und unwichtig. Er war sehr gut mit Ulrike Herrmann befreundet, deren Bücher er mit prüfender Sorgsamkeit gegenlas.

Wir haben irgendwann zufällig mitbekommen, dass er mit der intellektuellen Szene der USA hervorragend verdrachtet war. Er kannte viele mit klangvollem Namen persönlich. Fast alle hätten mal nebenbei eine Bemerkung fallen lassen, mit welcher Berühmtheit man so per Du ist. Daniel nicht. Er war in der taz auch für politische Bücher zuständig. Die taz

verdankt ihm die vielleicht spektakulärste Sachbuchrezension ihrer Geschichte. Adam Tooze wies dem Historiker Götz Aly nach, dass der in „Hitlers Volksstaat“ mit fragwürdigen Zahlen gearbeitet hatte. Tooze ist jetzt einer der einflussreichsten Ökonomen und Wirtschaftshistoriker in den USA. Damals kannte ihn in der taz niemand. Nur Daniel.

Daniel hat in der taz eher wenig geschrieben. Er dirigierte lieber andere und erschuf so die Melodie. 2008 wechselte er zur *Berliner Zeitung* – und belieferte auch die Meinungsseite der *Frankfurter Rundschau*, mit der es ein Joint Venture gab. Das Personal war knapp. Daniel schrieb dort mehr Kommentare, erst halb aus Not, später mit Genuss. Ab 2017 betreute er beim DGB das Debattenmagazin *Gegenblende*.

Seit 2021 lebte Daniel in Washington. Er war Sozialreferent der Deutschen Botschaft. In der Botschaft schätzte man seinen von administrativer Routine unverdorbenen klaren Blick. Die Botschafterin hat ihn einen Tag vor seinem Tod am Krankenbett besucht. Im November ist er noch Marathon gelaufen. Dann kam die Krebserkrankung. Freundinnen und Freunde, auch von der taz, waren in den letzten Wochen bei ihm. Er hatte noch Pläne für die Zukunft. Viele Pläne.

Am Montag, den 27. Februar, ist er am frühen Nachmittag in Washington gestorben. Seine dezente Klugheit, seine unerschütterliche Freundlichkeit, sein unaufdringlicher Scharfsinn fehlen uns, schon jetzt. *taz*, 1. März 2023

EIN ANALYTISCHER GEIST

Zwischen 2008 und 2017 war Daniel Haufler Redakteur der Meinungsseite der „Berliner Zeitung“.

Nun ist er im Alter von nur 61 Jahren in Washington gestorben. **Von Harry Nutt**

Die Frühlingssonne versank langsam im Gartenbereich des Cafés Einstein in der Kurfürstenstraße, aber wir waren noch lange nicht durch mit dem Tratsch über Kollegen, Fußball und der Analyse der Weltlage. Seit knapp einem Jahr arbeitete Daniel schon als Referent in der deutschen Botschaft in Washington, seit ein paar Wochen also konnte er das diplomatische Geschehen in Zeiten eines begonnenen Krieges aus nächster Nähe beobachten. Es gab viel zu besprechen, aber diesmal war es an mir, zuzuhören. Daniel machte deutlich, dass es ein viel größeres Bild des Kriegsgeschehens in der Ukraine gab – eines, das die tagesaktuellen Debatten nicht annähernd abbildeten. Und dann wechselten wir zurück zum Tratsch, das Private allenfalls streifend, wie ich jetzt bedauere. Ich hätte doch gern noch so viel mehr erfahren, Daniel. Zu spät, unser Kollege Daniel Haufler ist am Montagabend nach kurzer und schwerer Krebserkrankung im Alter von nur 61 Jahren in Washington gestorben.

Kennengelernt habe ich Daniel Haufler Ende der 90er-Jahre, als unsere Wege sich buchstäblich kreuzten. Er kam als Redakteur zur Tageszeitung taz, als ich diese gerade verließ. Keine Basis für eine haltbare Freundschaft eigentlich, die dann doch über kontinuierliche Begegnungen wuchs. Zum gemeinsamen Arbeiten kamen wir erst 2010, Daniel war Redakteur der Meinungsseite der *Berliner Zeitung*, zu der ich als Autor der Dumont-Redaktionsgemeinschaft stieß. Zwischen 2012 und 2017 haben wir beinahe täglich eng zusammengearbeitet.

„Wir machen die Meinung“, hätten wir damals wohl im Jargon des Tagesgeschäfts gesagt. Was das hieß, habe ich erst von Daniel gelernt. Mehr als das Redigieren von Kommentaren bestand das „Machen“ der Meinungsseite aus der Ideenfindung und der Suche nach den passenden Autoren für die Leitartikel, in denen die Autoren sich nach Möglichkeit dafür offenhalten sollten, sich von den eigenen Gedanken überraschen zu lassen. Daniel war ein geduldiger Textarbeiter, der seine Aufgabe darin sah, die Argumente anderer plastisch hervortreten zu lassen.

So unterschiedlich wir oft politisch über einen Gegenstand schrieben und dachten, so einig waren wir im Verständnis dessen, was einen guten von einem schlechten Text unterscheidet. Nicht selten kam Daniel mit streng-freundlichem Blick in mein Büro, um mir zu bedeuten, dass ich wohl noch einmal Hand anlegen müsse an Text und Argument. Er tat das behutsam, aber unerbittlich – und meistens hatte er recht. Ein aufmerksamer Gesprächspartner war Daniel für viele in der Redaktion. Mehrere Jahre gehörte er dem für die innere Stabilität einer Zeitung so wichtigen Redaktionsausschuss an. Daniel Haufler ist tot, und ich hätte ihm so gern noch gesagt, dass die Jahre der engen Zusammenarbeit mit ihm zu den glücklichsten meiner journalistischen Laufbahn gehörten.

Daniel war ein Ausdauer-Mann, regelmäßig trat er zum Marathon an, was man seiner souveränen Aufmerksamkeit stets anmerkte. 1961 in Mainz geboren, hat Daniel Germanistik, Geschichte und Staatsrecht in München und Berlin studiert. Spätestens nach einem Aufenthalt als Media Fellow an der Duke University in Durham/North Carolina wurden die Geschichte und

die Politik der USA auch beruflich zu seiner Leidenschaft. Zusammen mit Olivia Schoeller (heute Nickel) und Damir Fras schrieb er während des US-Wahlkampfes, der 2012 zu Barack Obamas zweiter Amtszeit führte, einen aktuellen Internet-Blog, der schließlich in die Buchveröffentlichung „Ihr Auftrag, Mr. President!“ (Campus Verlag) mündete. Analysen, Abschweifungen, das viel größere Bild. Daniels Begabung bestand darin, die Ereignisse des politischen Tagesgeschehens präzise mit geschichtlichem und soziologischem Kontext abzugleichen.

Eine, der das in freundschaftlicher Verbundenheit zugutekam, ist Daniels spätere taz-Kollegin Ulrike Herrmann, die beiden kannten sich seit ihrer gemeinsamen Zeit an der Uni. Ulrike Herrmann vertraute Daniels sicherem Gespür für Gedankenführung und Textdramaturgie, stets war er der erste Leser und Ratgeber hinsichtlich ihrer überaus erfolgreichen Sachbücher zu Politik und Ökonomie. Ach, Daniel, Du fehlst. Nicht nur ihr. *„Berliner Zeitung“, 28. Februar 2023*

„Wir machen die Meinung“, sagte er. Was das hieß, habe ich erst von Daniel gelernt

„DIE LEISE ART DER KRITIK“

Von 1999 bis 2008 war Daniel Haufler Redakteur im taz-Meinungsressort. Er wirkte im Hintergrund, verbindlich, aber auch entschieden. **Kolleginnen und Kollegen erinnern sich an ihn.**

Ein Schimpfwort

Der stärkste Kraftausdruck, den ich aus Daniels Mund gehört habe, war das Wort „misslich“. Es fiel dann und wann, wenn er, nachdem er die Betreuung der aktuellen Kommentare abgeschlossen hatte, noch zu uns rauf in die Kulturredaktion im vierten Stock des alten taz-Gebäudes kam, um etwas über die Seite Politisches Buch zu besprechen, die er neben der Meinungsseite redaktionell betreute, oder auch einfach nur so, um über ein Buch oder einen Film zu plaudern; er las viel und schaute viele Filme. „Misslich“ war es, wenn ihm

noch kurz vor Redaktionsschluss eine größere Anzeige auf die Seite gesetzt wurde, was ihm seine Planung verhalf. Oder wenn ein Rezensent seine Besprechung trotz mehrfacher Ermahnungen nicht fristgerecht ablieferte. Oder wenn sich eine groß angekündigte Publikation letztlich als Schaumschlägerei entpuppte. Oder wenn irgendjemand Haltloses schrieb. Andere Kolleg*innen ließen im taz-Kontext schon mal deftige Wendungen wie „Arschloch“, „Schweineerei“ oder „Verarsche“ fallen - er sagte: „Das ist schon etwas misslich“, fuhr fort: „Na ja“, ging

wieder in den dritten Stock an seinen Schreibtisch und hatte eigentlich immer schon selbst eine Lösung gefunden.

Dirk Kniphals, Literaturredakteur

Ein Navigator

Es gibt Menschen, die allein dadurch, dass sie sind, wie sie sind, einen gewissen Zusammenhalt der Welt garantieren. Schon im mittleren Alter verfügen sie über so viel Einsicht und Wärme, dass ihre Mitmenschen Hoffnung schöpfen, es lasse sich mit ihnen durchs Leben navigieren. Solch ein

STATIONEN

Freier Journalist

Daniel André Haufler wurde 1961 in Mainz geboren. Nach einer Lehre zum Verlagskaufmann in München studierte er dort und in Berlin Germanistik, Geschichte und Staatsrecht. Es folgten einige Jahre als freier Journalist. 1999 erhielt er ein Stipendium und wurde Media Fellow an der Duke University in North Carolina, die Intensivkurse mit vielen internationalen jungen Medienschaffenden ausgerichtet. Seitdem waren die USA das Land, für das er sich am meisten interessierte.

taz

Sein erster taz-Artikel erschien im Februar 1993. 1999 übernahm er das Meinungsressort der taz mit seinen Kommentaren, Kolumnen und Debattexten und der Zuständigkeit für den täglichen Seite-1-Kommentar. Dazu gestaltete er die Themenseite Das Poli-

tische Buch - und bewirkte, dass auch viele externe Autor*innen bereit waren, für die taz zu schreiben, obwohl deren Honorare bekanntlich eher winzig sind. Und jedes Jahr lud er diese Externen zur sommerlichen „Meinungsparty“ auf das Dach des taz-Hauses in der Kochstraße ein. Deren Umbenennung in Rudi-Dutschke-Straße erlebte er gerade noch mit.

Berliner Zeitung

Denn im Jahr 2008 wechselte er zwar nicht die Meinungsredaktion, aber das Blatt. Er ging zur *Berliner Zeitung*, die ihre Kommentarseite ab 2011 auch an die *Frankfurter Rundschau* lieferte. Im Wiederwahlkampf Barack Obamas 2012 schrieb er mit Kolleg*innen einen Blog, aus dem das Buch „Ihr Auftrag, Mr. President!“ wurde. In den turbulenten, von Einsparungen geprägten Jahren der DuMont Redaktionsgemeinschaft, zu der die *Berliner Zeitung* gehörte, engagierte er sich im Redaktionsausschuss,

der Interessenvertretung der Journalistinnen und Journalisten des Hauses.

DGB

2017 übernahm er die Verantwortung für *gegenblende.de*, die Debattenplattform des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und entwickelte einen zugehörigen Podcast. Als sich 2021 die Gelegenheit ergab, nach Washington, D.C. zu wechseln, zögerte er nicht lange. Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände stellen in einigen wichtigen deutschen Botschaften für eine vierjährige Amtszeit die Sozialattachés. Daniel bewarb sich und wurde zum Diplomaten.

Auswärtiges Amt

Nun schrieb er Reports und Analysen für das Auswärtige Amt und den DGB. In Washington ist er auch am 27. Februar in einem Krankenhaus, das zur berühmten Johns Hopkins School of Medicine gehört, nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. *diba*

Mensch war Daniel, für mich wie für sehr viele andere, für die jetzt ein Stück Welt zusammengebrochen ist. Seine Fähigkeit zu verstehen war phänomenal, egal, ob es um die Hintergründe der Weltpolitik ging oder um den Alltag. Am lebendigsten stehen mir die Gespräche vor Augen, die wir auf der Frankfurter Buchmesse hatten, vielleicht weil man solche Gespräche dort am wenigsten erwartet. Rundherum Smalltalk, zeigen, wen man alles kennt und was man alles draufhat. Mittendrin Daniel, voll konzentriert, die Stimme besonnen, der Blick immer aufmerksam und zugewandt: Eben noch ging es um die Belgier im Kongo, nun sprachen wir übers Kochen in farbigen Einbauküchen oder über Stolperfallen der Liebe. Alles, was man ihm anvertraute, war in guten Händen, und alles, was aus seinen Händen kam, war hilfreich. Bereits als Daniel die taz verließ, trauerte ich jahrelang um ihn als Kollegen. Um ihn als Freund werde ich immer trauern.

Hilal Sezgin, Kolumnistin

Ein Moment

Daniel gehörte für mich zu jenen Menschen, die ich für unsterblich hielt. Pathetisch? Mag sein, aber es liegt daran, dass für mich Freundlichkeit unsterblich ist. Und Daniel war ein freundlicher Mensch, weich irgendwie und doch

auch auf eine geheimnisvolle Weise immerwährend fremd. Das freundlich Fremde machte mich neugierig. Aber ich bin dieser Neugier nicht nachgegangen. Halt, das stimmt nicht. Einmal schon, einmal redeten wir miteinander – ausgerechnet über Liebe, über Erotik. Was strahlt einen Reiz aus, was zieht einen an? Aber der Moment der Vertrautheit wurde unterbrochen, es ging nicht weiter. Und als Nächstes ist da nun plötzlich der Tod. So bleibt nur die Erinnerung an seine Freundlichkeit, an Neugier und an den Verrat, den der Tod an der Unsterblichkeit begeht.

Waltraud Schwab, Redakteurin, wochentaz

Einmal daneben

Daniel ist mir als ein sehr netter und intellektuell anspruchsvoller Mensch in Erinnerung. Ich bin ihm auch dankbar dafür, dass er Texte von mir auf seine Meinungsseite genommen hat, im Rahmen der Kolumne „die Stimme der Korrektur“, in der Leute aus unserer Abteilung zu Wort kamen, die dann aber irgendwann einschlief. Als Korrektor merkte ich jedenfalls öfters, wie viel er wusste – und er ließ auch mal durchblicken, dass er sich in seinen Fachgebieten besser auskannte als andere, die durchaus Rang und Namen hatten. Aber einmal schickte er mir einen Text mit dem aus Goethes Zauberlehrling

stammenden Zitat: „Die Geister, die ich rief / die werd ich nun nicht los“. Da stimmt doch was nicht? Ich guckte extra nochmal bei Google nach, ob meine abweichende Erinnerung an dieser Stelle richtig war – aber ja. Weil er einige Jahre älter war als ich, konnte ich mir ungefähr vorstellen, dass Daniel den Stoff von der Schule her noch kannte. Also rief ich ihn an und fragte direkt: Ob man es nicht lieber so wie im Original formulieren sollte: „Die ich rief, die Geister / werd ich nun nicht los“? Er antwortete gedankenverloren: „Vielleicht ist das ja 'ne andere Übersetzung?“ Darüber haben einige Leute, denen ich diese Geschichte – ohne Namensnennung! – weitererzählt habe, herzlich gelacht. Aber nur, wenn es mit der Altersgruppe stimmte. Auch aus dieser müssen manche jetzt schon gehen. Mach's gut, Daniel!

Matthias Fink, Korrektor

Ein Hinweis

„No jokes with names“ ermahnte mich Daniel eines Nachmittags in den nuller Jahren, als ich einen Kommentar über Dieter Hundt geschrieben hatte, damals Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. „Hundt oder Katze?“ hatte ich getitelt und kam mir irre witzig vor mit der Überschrift über meinen Meinungsbeitrag zu einem Konflikt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Doch Daniel sicherte das Niveau. Mit seiner leisen Art der Kritik, mit seinem Understatement provozierte er nicht die Konfrontation, sondern schob gewissermaßen meine Selbstkritik als Autorin an: Himmel, fast hätte ich einen billigen Namenwitz gemacht, danke für den kleinen Hinweis, Daniel. Der Titel wurde gestrichen. Daniel saß oftmals noch bis in die tiefen Abendstunden nebenan in der Meinungsredaktion am Bildschirm, wenige Meter entfernt. Niemals hätte ich es gewagt, ihn zu stören und in eine Plauderei zu ziehen. Aber wenn man selbst noch Texte vorbereitete, war es einfach nett, dass da jemand war und das Gleiche tat, in Stille und Präsenz und lange nach Redaktionsschluss.

*Barbara Dribbusch, Inlandsredakteurin
taz, 3. März 2023*



Ein Teil von Daniels Freundeskreis traf sich zur Trauerfeier in der deutschen Botschaft in Washington, März 2023.

Vom Wort zur Tat

Die taz, die Zeitung, ist 2024 45 Jahre alt geworden. Die Stiftung der taz, die taz Panter Stiftung, ist 2024 16 Jahre alt geworden. „Warum hat die taz eine Medienstiftung?“ Diese Frage taucht oft auf, wenn wir Gruppen von Schüler*innen, internationalen Journalist*innen, Diplomat*innen, NGOs oder Interessent*innen im taz-Haus in Berlin empfangen. „Weil wir eine bessere Welt schaffen wollen.“ Ja, es geht um Ideale. Um die Erfahrungen und Werte der linken Tageszeitung für die kritische Öffentlichkeit zugänglich zu machen, entstand die taz Panter Stiftung 2008 aus der taz-Leserschaft heraus. Freiheit des Wortes, unabhängige Presse, kritischer Journalismus!

Angefangen hat die Stiftung mit einem Kernprojekt, das zur Herzensangelegenheit wurde: der Förderung von Nachwuchs, der Stärkung künftiger Journalist*innen-Generationen in ihrem Berufswunsch. In diesem Sinne werden regelmäßig Workshops und Projekte mit der Zielgruppe Jugend organisiert und das Volontariatsprogramm mit Schwerpunkt Diversität im erweiterten Sinne angeboten.

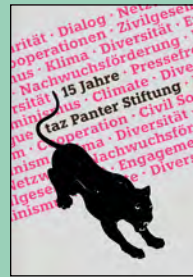
Chancengleichheit unabhängig von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund und einen Platz in den Redaktionen zu schaffen für diejenigen, die dort fehlen: Dafür setzt sich die taz Panter Stiftung ein. Durch diesen Filter wurde auch aus Sicht der Stiftung die erste Runde der Daniel-Haufler-Fellows ausgewählt.

Ebenfalls wichtig für die Stiftung ist es, Brücken zu bauen, den internationalen Austausch zu fördern und das Vernetzen in Deutschland und weltweit zu unterstützen. Auch diesen Zielen entspricht das Daniel-Haufler-Programm. Seit 2011 führt die taz Panter Stiftung internationale Workshops durch – oft mit Journalist*innen aus „offiziell verfeindeten“ Ländern.

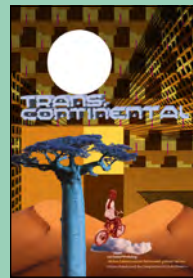
In Zusammenarbeit mit Reporter ohne Grenzen engagiert sich die taz Panter Stiftung für Pressefreiheit weltweit und bietet unter anderem jährlich Auszeit-Stipendien für verfolgte Journalist*innen an.

Weitere Informationen über die Stiftung finden Sie unter taz.de/stiftung. Die Stiftung lebt hauptsächlich von ihren inzwischen circa 7.500 engagierten Spender*innen. Lust mitzumachen? taz.de/spenden

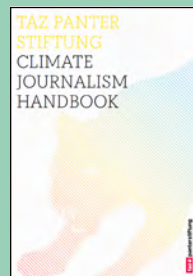
*Gemma Terés Arilla,
Leiterin und Vorstand der taz Panter Stiftung*



2023 feierte die taz Panter Stiftung ihren 15. Geburtstag. 2008 wurde die Stiftung gegründet, um gemeinnützige Aktivitäten der taz – die tageszeitung umzusetzen. Cover der Broschüre zum 15. Jubiläum (Redaktion: Jens Uthoff).



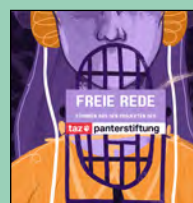
Im Workshop der taz Panter Stiftung 2023/24 mit afrikanischen Journalist*innen entstand das zweisprachige Magazin „trans.continental – Africa’s Future and the Competition of Global Powers“ (Redaktion: Christian Jakob und Ole Schulz). Cover des Magazins gestaltet von Nontokoza Tshabalala.



Für den Workshop „Her turn II“ mit Journalist*innen aus Nordsyrien, Libanon und dem Irak hat die taz Panter Stiftung 2023 ein Klimajournalismus-Handbuch auf Englisch und Arabisch veröffentlicht (Redaktion: Sara Schurmann und Sven Recker). Cover von Gunnar Bauer.



Am 6. und 7. Juli 2023 hat die taz Panter Stiftung mit Partnern in der taz eine zweitägige Konferenz zum konstruktiven Journalismus ausgerichtet. (Redaktion: Ute Scheub und Jan Schepel). Cover der Konferenzbroschüre.



„Freie Rede“ ist ein Podcast der taz Panter Stiftung, in dem seit 2024 Stimmen aus den internationalen Workshops und Projekten mit unabhängigen Journalist*innen zu hören sind. Podcast-Cover für die Webseite. Illustration: Manuel Fazzini

taz panterstiftung

taz Panter Stiftung | Friedrichstr. 21, 10969 Berlin | +49-3025902-213 | stiftung@taz.de

**Im Gedenken an
den Journalisten
Daniel Haufler
(1961-2023)**

Ausschreibung 2025

ZEHN STIPENDIEN „REISE IN DIE MEDIENGESELLSCHAFT USA“

Die Daniel-Haufler-Stipendien finden im September/Oktober 2025 als zehntägige Gruppenreise nach Washington, D. C., Philadelphia und New York statt, an die sich weitere zehn Tage zur freien Recherche anschließen.

Die Gruppenreise befasst sich mit den aktuellen Entwicklungen der US-amerikanischen Medienlandschaft. Besucht werden Zeitungen, Rundfunksender und Online-Plattformen sowie journalistische Institutionen. Die Themen ihrer Recherchen planen die Fellows individuell. Sie erhalten vor Ort ein allgemeines Sicherheitstraining zur journalistischen Arbeit in der US-Öffentlichkeit und zum Umgang mit Behörden. Einzelheiten des Stipendiumsverlaufs können sich noch ändern.

Das Stipendium im Wert von 10.000 Euro deckt die Kosten für Organisation, An- und Abreise, Programm, Unterkunft und Verpflegung der Gruppenreise und in begrenztem Umfang für die Zeit der freien Recherche ab.

Bewerben können sich Journalist:innen, die in Deutschland oder im deutschen Sprachraum für gedruckte, audiovisuelle oder Online-Medien arbeiten. Angemessene englische Sprachkenntnisse werden vorausgesetzt. Einschränkungen hinsichtlich Alter oder

Nationalität gibt es nicht. Den Bewerber:innen muss die Einreise in die USA möglich sein. Ein Pressevisum ist eigenverantwortlich zu beschaffen; bei Bedarf unterstützt die taz Panter Stiftung den Antragsprozess.

Die Ergebnisse ihrer Recherchen sollen die Fellows in Medien ihrer Wahl veröffentlichen. Die Arbeiten sollen den Hinweis „Die Recherche wurde durch ein Daniel-Haufler-Stipendium der taz Panter Stiftung ermöglicht“ tragen. Im Anschluss sollen die Arbeiten der Fellows in einer gemeinschaftlichen Publikation erscheinen.

Die Stipendien werden drei Jahre lang ausgeschrieben, aus familiären Mitteln finanziert und von der Stiftung betreut.

Bewerbungen können formlos bis zum 2. März 2025 unter dah-stipendium@taz.de an die taz Panter Stiftung eingereicht werden. Erforderlich sind ein beruflicher, insbesondere journalistischer Lebenslauf sowie ein Motivationsschreiben mit Erläuterung des Rechercheprojektes in englischer Sprache im Umfang von 500 Wörtern. Die Fellows 2025 werden Anfang April bekannt gegeben.

Weitere Auskünfte:

Hannah Heyn, dah-stipendium@taz.de